

POLIZEI REPORT



Hurra Deutschland



Rechtsstaat in Gefahr?



Am Rande des polizeilichen Notstands?
Ist der Rechtsstaat in Gefahr?

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

beim Schreiben dieser Zeilen stehen nicht nur wir, sondern wahrscheinlich auch alle beim G 20 Gipfel in Hamburg eingesetzten Kolleginnen und Kollegen unter dem Eindruck des Geschehens.

In der Presse und im Fernsehen überschlagen sich Talkshows, Nachrichtensendungen und Berufene, die sicherlich nicht immer „berufen sind“, mit verbalen Ergüssen über die Frage „wer hat Schuld am Gewaltexzess“!

Schlimm genug, denn den Schaden haben zu allererst alle verletzten Kolleginnen und Kollegen und die arg gebeutelte Bürgerschaft in der Freien und Hansestadt Hamburg. Ja, wahrscheinlich wird sich auch, wie weiland nach dem Einsatz anlässlich der EZB Eröffnung in Frankfurt am Main, auch der Hessische Landtag nach seiner Sommerpause mit den Ereignissen befassen.

Wir wissen natürlich nicht umfassend, Kolleginnen und Kollegen, wie es euch geht, wenn ihr fortwährend mit den Berichterstattungen konfrontiert werdet. Uns erschrecken viele Kommentare und Meinungen von sogenannten „Volksvertretern“, seien es welche aus dem Deutschen Bundestag, dem Hessischen Landtag, aber auch viele „besondere Sicherheitsexperten“.

Wie können Zerrbilder entstehen? Wie können manifestierte politische Grundhaltungen unter Aufgabe der Selbstachtung immer wieder gepredigt werden, obwohl die Wirklichkeit eine andere ist?

Auch wir wissen keine Antworten!

Polizei am Limit

Unter dieser Überschrift wollen wir eines deutlich feststellen, was nach unserer Auffassung in der Berichterstattung zu kurz kam:

die deutsche Polizei wurde an den Rand des „polizeilichen Notstands“ geführt.

Es geht an dieser Stelle nicht darum, mit dem Finger auf diejenigen zu zeigen, die für diese Personalmisere landauf und landab verantwortlich sind. Wissen wir doch alle, dass es keine Rolle spielt, welche Landesregierung sich aus welcher politischen Couleur zusammensetzt.

Alle haben in den zurückliegenden Jahren mit dem verheerenden Personalabbau im öffentlichen Dienst und bei den Polizeien der Länder und des Bundes

POLIZEI REPORT



Jens Mohrherr

Peter Wittig

Ralf Humpf

G20 Einsatz in Hamburg – Ein Blitzlicht	7
GdP–Hessen–Team betreut bei G20	9
Eine Aktion der GdP und Bild für Verletzte	11
Bereitschaftspolizei im Fokus – „Polizeitage“	12
Doppelhaushalt 2018/2019 – Stärkung der Polizei	15
Frankfurter Präsidium feiert 150. Geburtstag	17
Hessischer Polizeisitz weckt Interesse	20
Respekt–LPP und Minister kürzen Stundengutschriften	21
Herrscherstrategien	23
Leitbild oder Leidbild – ein kritischer Blick	24
Gemeinsam–Miteinander–Füreinander	25
Brunnenfest in der Mudra bei Dauerregen	29
Interessantes von der WSP und aus dem Rheingau	31
Rainer Brüssow und H.–J. Hartmann im Ruhestand	32
Veranstaltungen der Kreisgruppen HPA und PAsT	33
Einsatzbetreuung in Wiesbaden – Demo für alle	35
Wet–Bulls erfolgreich bei Drachenbootrennen	36
Informationen der Ordnungspolizei	37
Neuwahlen, viele Anträge und Ehrungen – JHV KG Wi.	39
Veranstaltungen im Hochtaunus und Main–Taunus	40
GdP–Reisegruppe erobert Andalusien	41
Seniorensseminar der GdP 2018	45
Die GdP trauert	46

Inhalt

dazu beigetragen, dass die Einhaltung der Schuldenbremsen in greifbare Nähe rücken, währenddessen die polizeiliche Grundsicherung immer weiter zurückgeht. Signifikant wird diese Personalmisere aber immer erst dann, wenn es anlassbezogen dazu kommt, dass beispielsweise wie beim G 20 Gipfel, die Welt permanent von dem Ort des Geschehens Signale empfängt.

Die Kameras zeigen alles, machen deutlich, dass Kräfte der Polizei bis zur Erschöpfung im Einsatz sind und dass nicht verhindert werden kann, dass der „schwarze Mob“ das Schanzenviertel sprichwörtlich zerlegt.

Erfahrene Einsatzführer vor Ort sind sprachlos: so eine entfesselte Gewalt haben sie noch nie erlebt! Es ist von bizarren Bildern die Rede! Zuschauer, Gaffer und Schaulustige haben mit Genuss videografiert, Bilder gemacht und Polizei und das Gegenüber sprichwörtlich angefeuert!

Haben wir es etwa mit einer neuen gesellschaftlichen Form der Freizeitverbringerung zu tun?

Wertschätzung – wichtiger denn je?!

Der Titel unseres letzten Vorwortes passt zu den derzeitigen Bemühungen vieler Landesregierungen, den in Hamburg eingesetzten Polizeibeschäftigten Lob und Anerkennung zu zollen. Auch in Hessen gab es, immerhin waren die Forderungen bereits durch die GdP in der Presse formuliert, für jeden aus Hessen beim G20 Gipfel eingesetzten Polizeibeschäftigten drei Tage Sonderurlaub. Noch auf dem Heimweg aus Hamburg erhielten wir von Angehörigen der einzelnen Abteilungen und Hundertschaften aus Hessen Mails mit einer treffenden, wengleich an dieser Stelle zusammengefassten Botschaft: was tut die hessische Landesregierung für uns?

Sie hat etwas getan, dafür sind in erster Linie sicherlich auch die betroffenen Familien und Angehörigen dankbar.

Auch das gehört zur Wahrheit: viele Angehörige bekamen es mit der Angst zu tun, als die grauenhaften Bilder aus Hamburg um die Welt gingen! Kommen alle gesund zurück? Was, wenn nicht? Man möchte es sich ehrlich gesagt gar nicht vorstellen, welches „Kopfkino“ sich vereinzelt abspielte.

Am Freitag, den 7. Juli 2017 fand unter anderem die Graduierung der Absolventinnen und Absolventen der HfPV, Abteilung Wiesbaden, in Flörsheim statt. Der Festredner und damit der Alterspräsident des Hessischen Landtages, Horst Klee, brachte es in seiner Ansprache auf

den Punkt: wer Straftaten gegen Leib und Leben der in Hamburg eingesetzten Polizistinnen und Polizisten begeht, greift den Staat an!

Alle anwesenden Teilnehmer dieser Graduierungsfeier war es, nach Bildern der vorangegangenen Nacht, mulmig zu Mute. Viele anwesende Eltern der jungen Kolleginnen und Kollegen äußerten zudem die Angst, dass die Gewaltbereitschaft innerhalb der Gesellschaft immer brutaler um sich greife! Horst Klee hat an diesem Tag deutlich gemacht, dass diejenigen, die den Staat und seine Bürgerinnen und Bürger zu schützen versuchen, einen besonderen Dank, Respekt und Anerkennung verdienen! Der lang anhaltende Applaus gab ihm Recht!

Polizeiliches, politisches oder gesellschaftliches Fehlverhalten und die Folgen

An dieser Stelle möchten wir nicht pro und kontra Meinungen widergeben. Wir nehmen zur Kenntnis, dass in der Woche nach dem G 20 Gipfel Bilder in der Presse sind, die „polizeiliches Fehlverhalten“ dokumentieren sollen.

Da steht dann eine Störerin auf einem Sonderwagen der hessischen Polizei und wird von zwei hessischen Einsatzkräften mit Pfefferspray besprüht. Die Online Ausgabe der Frankfurter Rundschau titelt dazu: „Polizei überprüft Pfefferspray Einsatz!“ Weiter: „Das Hessische Landeskriminalamt hat in diesem Zusammenhang einen Prüfauftrag an die Hamburger Polizei gerichtet“, sagte Michael Schaich, der Sprecher des hessischen Innenministers Peter Beuth, der Frankfurter Rundschau. Sobald diese Bewertung vorliege, werde die Hessische Bereitschaftspolizei „das Einschreiten der Beamten nachbereiten und gegebenenfalls dienstrechtliche Maßnahmen durchführen“.

Ja, es gehört dazu, ein solches Bild aufzuklären und damit festzustellen, weshalb es dazu kam.

Aber, hier vorschnell zu urteilen und der Polizei Provokation und Gewaltbereitschaft per se zu unterstellen, ist nicht opportun.

Jedwedes Fehlverhalten der eingesetzten Polizeikräfte wird, da sind wir uns sicher, aufgeklärt und sanktioniert.

Eine andere Befürchtung ist indes an dieser Stelle erlaubt: ähnlich wie beim Gewaltexzess in Frankfurt am Main bei der EZB Eröffnung wird es auch nach G20 enorm schwierig werden, Gewalttätern habhaft zu werden und diese einer nach deutschem Recht angemessenen Strafe zuzuführen. Wollen wir hoffen, dass sich

Befürchtungen manchmal nicht bewahrheiten!

Gleichwohl vernehmen wir vermeintlich aus der Ferne schon den verbalen Schlagabtausch im Hessischen Landtag! Hoffentlich mit einem anderen Rollenverständnis bei der Fraktion „Die Linke“ wie seinerzeit bei den Debatten nach der EZB Eröffnung!

Ein Zitat aus der damaligen Regierungserklärung des hessischen Innenministers wollen wir an dieser Stelle wiederholen:

„Ich möchte mich nicht an solche Anblicke gewöhnen müssen, seien sie in anderen europäischen Ländern noch so üblich.“

Ich möchte nicht, dass unsere Polizei sich verbarrikadieren muss.

Ich möchte nicht, dass sie sich in ihren Dienstfahrzeugen und ihren Diensträumen nicht mehr sicher fühlen kann.

Ich möchte, dass sie mitten in unserer Gesellschaft bleibt, mitten unter den Menschen, zu deren Schutz sie Tag für Tag diese Diensträume betritt und die Dienstfahrzeuge besteigt!

Die Polizei sorgt in unserem freiheitlich demokratischen Rechtsstaat auf Basis der Gesetze für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Sie hat einen Anspruch auf die Solidarität und Unterstützung der gesamten Gesellschaft.“

Hamburg hat uns gezeigt, dass die Gewaltbereitschaft noch exzessiver, menschenverachtender und damit verachtenswerter zum Ausdruck kam. Wer hier verharmlost, akzeptiert, dass Rechtsgüter wie Leib, Leben und Gesundheit, Eigentum und körperliche Unversehrtheit zum Spielball derer werden, für die gestern Frankfurt am Main, heute Hamburg und morgen vielleicht eine andere deutsche oder europäische Stadt zum Brennpunkt werden.

Wir sollten alle gemeinsam konstatieren, dass es einem Wunder gleichkommt, dass es keine getöteten Kolleginnen oder Kollegen gab.

Es gilt in einer harten Analyse festzustellen, weshalb 23.000 Polizistinnen und Polizisten nicht in der Lage waren, für allumfassende Sicherheit zu sorgen. Und das, obwohl sie Übermenschliches geleistet haben.

Am Ende aber sind wir hauptsächlich froh, dass wir nicht mehr zu beklagen haben, als die unglaublichen, über 500 verletzten Kolleginnen und Kollegen. Gute Besserung allen von dieser Stelle.

Eure Redaktion



G20 – EIN BLITZLICHT DER REDAKTION POLIZEIREPORT

„Wir haben noch nie so ein Ausmaß an menschenverachtender Gewalt erlebt“, hieß es bei der Hamburger Polizei, die verantwortlich diese Großlage über mehr als 1 Jahr vorbereitete. Stundenlange Gewaltexzesse von mehr als 1.500 sogenannten Autonomen und Linksextremisten, wir nennen sie der Einfachheit halber Gewaltverbrecher, im Schanzenviertel. Die Nacht zum 8. Juli am Rande des G20-Gipfels in der Hansestadt geht als schwarzes Kapitel in die Geschichte ein.



Blinde Zerstörungswut, verbunden mit brutalen Attacken von vermummten „Krawalltouristen“ aus mehreren Ländern Europas auf Polizistinnen und Polizisten waren an der Tagesordnung. Die erschreckende Bilanz: Mehr als 476 verletzte Kolleginnen und Kollegen seit dem 22. Juni, darunter etliche mit schweren Verletzungen.

Oliver Malchow, der Bundesvorsitzende der GdP, zeigte sich entsetzt über diesen blanken Hass. „Diese Anarchie macht uns fassungslos. So etwas haben wir noch nicht erlebt“, sagte er und stellte mit Blick auf die Gipfeltage klar: „Wer die Schuld für die massiven Ausschreitungen bei der Polizei sucht, stellt sich auf die Stufe mit den Randalierern und Straftätern und macht sich mit ihnen gemein.“ GdP-Vertreter, die tage- und nächtelang vor Ort waren, äußerten sich schockiert: „Die

kriminellen Gewalttäter haben kaltblütig den Tod von Polizistinnen und Polizisten in Kauf genommen.“

Schon Wochen bevor der G20-Gipfel in die heiße Phase ging, waren tausende Beamtinnen und Beamte in der Hansestadt im Einsatz. Und die GdP mit rund 150 Einsatzbetreuern immer vor Ort und nahe an den Kolleginnen und Kollegen – Tag und Nacht. Rund 75 GdP-Teameinsätze wurden letztlich gefahren. Die Betreuerinnen und Betreuer waren mit Getränken und Eis in Thermorucksäcken und Kühlboxen unterwegs, auch an Obst, Sonnencreme für den Objektschutz und Erdnüsse für den Elektrolythaushalt der sicher ins Schwitzen kommenden Einsatzkräfte dachten die emsigen freiwilligen Helferinnen und Helfer.

Aber auch eine Menge Kritik und andere Bedürfnisse wurden den Betreuern mitgeteilt. In den allermeisten Fällen konnten wir helfen.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sagte in Hamburg: „Ein solches Ausmaß an Gewalt haben wir bei Demonstrationen in Deutschland in den letzten Jahren noch nicht erlebt.“ Diejenigen Beamten, die beim G20-Einsatz schwerer verletzt wurden, besuchte er im Bundeswehrkrankenhaus. Der Bundespräsident sprach den Einsatzkräften seinen Dank aus. Bei Gesprächen mit Anwohnern und der Polizei machte er sich ein Bild

„Diese Anarchie macht uns fassungslos. So etwas haben wir noch nicht erlebt. Wer die Schuld für die massiven Ausschreitungen bei der Polizei sucht, stellt sich auf die Stufe mit den Randalierern und Straftätern und macht sich mit ihnen gemein.“

GdP-Bundesvorsitzender Malchow am Rande der Ausschreitungen in Hamburg

der Lage. Er betonte, das, was er gesehen habe, mache ihn „fassungslos“.

„Die kriminellen Gewalttäter haben kaltblütig den Tod von Polizistinnen und Polizisten in Kauf genommen.“

GdP-Kollege während des Einsatzes im Schanzenviertel

Die Randalierer hätten eine „maßlose Zerstörungswut gegen Einsatzkräfte aller Art und auch gegen das Eigentum von Bürgern“ an den Tag gelegt. Die Einsatzkräfte hätten nicht nur ihren Dienst gemacht, um die Sicherheit in der Stadt zu gewährleisten, sondern das Recht auf Versammlungsfreiheit geschützt.

Gewalterfahrungen reichen von verbalen Angriffen wie Beleidigungen und Drohungen bis zu schweren Formen körperlicher Gewalt, wie tätlichen Angriffen mit Waffen und lebensbedrohlichen Verletzungen. Neben den Aggressionen, die am eigenen Leibe erlebt werden, sind auch Gewalterfahrungen von hoher Bedeutung, den Kolleginnen und Kollegen zum Opfer fallen und die direkt bei einem gemeinsamen Einsatz bezeugt oder von denen indirekt nachträglich erfahren wird. Aber nicht nur die tatsächlich erlebte Gewalt, sondern auch die permanente Erwartung, bei Einsätzen den unterschiedlichsten und damit kaum berechenbaren Formen aggressiven Verhaltens des Gegenübers ausgesetzt zu sein, führt zu einer erheblichen psychischen Belastung. Dies gilt umso mehr, als wissenschaftliche Studien sehr eindeutig gezeigt haben, dass Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten in den vergangenen Jahren zugenommen hat und vermutlich weiter zunehmen wird.



Dieser Einsatz bedarf der sorgfältigen Nachbetrachtung mit dem Ziel von Verbesserungen in vielen Bereichen. Bei der Polizei Hamburg gehen derzeit zahlreiche Dankeskarten, Blumen und Geschenke als Ausdruck der Sympathie der Bürgerinnen und Bürger für „ihre“ Polizei ein.

Wir sollten diesen Rückhalt für unseren Berufsstand dankbar annehmen. Die Wertschätzung unserer Arbeit in der Bevölkerung, die uns die Umfragewerte schon immer bestätigen, hier wird sie spürbar. Kein anderer Beruf wird in Deutschland bei der Arbeit so öffentlich beobachtet, wie der der Polizei. Umkehrt ist die Polizei auf die gesellschaftliche Akzeptanz angewiesen. Doch häufig erleben wir (öffentliche) Bewertungen zum polizeilichen Vorgehen ohne rechtsstaatliche Grundkenntnisse. Es scheint grundlegende Verständnisprobleme zu geben, zum Beispiel bei der Frage, dass Polizei das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit schützt. Ist dies mit Auflagen verbunden und wird dagegen verstoßen, setzt die Polizei das Recht durch. Im Regelfall nicht „hart“; sondern konsequent.

In der Gewaltenteilung unseres Staates ist dies so vorgesehen. In einem komplexen Sachverhalt einer Demonstration plus Staatsbesuche muss vorher transparent sein, welche Rolle wer hat. Der Anmelder einer Demo, die Genehmigungsbehörde, das Verwaltungsgericht und auch die Polizei. Es sind die politischen Parteien, die Ideen vom gesellschaftlichen Miteinander entwickeln. In Hamburg hat dies eine besondere Entwicklung über die Auseinandersetzung um die Häuser in der Hafenstraße, der fast dreißigjährige parteiübergreifende Duldung von alternativen Wohnprojekten wie der „Roten Flora“.

Bei aller Wertschätzung, die wir durch die Bürgerinnen und Bürger im Allgemeinen erfahren, ist es sehr außergewöhnlich, wie die große Mehrheit der Hamburger Bewohner nach den Krawallen durch die Gewaltverbrecher reagiert hat.

Ja, die Polizei war durch die übermenschlichen Belastungen nicht in der Lage, an jeder Stelle gleichzeitig präsent



zu sein, um ihr Leben und ihr Hab und Gut zu schützen.

Aber es wurde sehr deutlich und durch die Bevölkerung hoch anerkannt, dass die Polizistinnen und Polizisten alles, aber wirklich auch alles gegeben haben, um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten.

Wir richten den Blick auf alle etwa 23.000 eingesetzten Kolleginnen und Kollegen. Hinter jeder Uniform steckt ein Mensch.

Hat dieser Mensch nicht auch ein Recht auf angemessene Behandlung? Ist es Polizeibeschäftigten eigentlich noch zuzumuten, ihr Leben bei solchen Einsätzen zu riskieren?

Der Tenor eines Urteils ist, dass in einer Güterabwägung jeder Polizeibeschäftigte selbst entscheiden kann und darf, ob er in bestimmten Situationen sein Leben riskiert, wenn in Abwägung das betroffene zu schützende Rechtsgut niederschwelliger ist.

Aber, unsere Kolleginnen und Kollegen identifizieren sich mit ihrem Beruf. Gerade bei solchen großen Einsatzlagen, aber auch im täglichen Dienstgeschäft gibt es sehr wenige Beispiele, wo sich Polizei zurückzieht. Auch, wenn mit hoher Gewaltbereitschaft gerechnet werden muss, ist auf sie Verlass.

Eine besondere Verantwortung haben die Führungskräfte bei Einsatzlagen wie in Hamburg. Einsatzzeiten von 24 Stunden über mehrere Tage eine solch eskalierende Gewaltspirale in den Griff zu bekommen und zu behalten, ist die eine Seite.

Die richtigen Entscheidungen zu treffen die andere. Betrachtet man sich die brenzlige Situation am „Schulterblatt“ in Hamburg, als sich mehrere Rechtsbrecher über ein Gerüst Zugang zum Hausdach verschafft haben.

Ausgestattet mit Unmengen von Wurfgeschossen, Steine, Gehwegplatten und anderes, bestand aber auch die unmittelbare Gefahr, dass von oben Molotow-Cocktails auf die Kolleginnen und Kollegen geworfen werden sollten.



Unabhängig davon, wie diese Personen überhaupt auf das Dach gelangten, wurde die Polizei hier vorsätzlich in eine Falle gelockt. Diese Aktion war organisiert und vorgeplant und macht eine billigende Inkaufnahme, von schwersten bis zu lebensbedrohlichen Verletzungen der Einsatzkräfte, mehr als deutlich.

Eines können wir, Kolleginnen und Kollegen, aber nun gar nicht gebrauchen, das sind die üblichen „Lautsprecher“ einiger Oppositionspolitiker. Es ist eine bodenlose Unverschämtheit, sich vor Kameras zu stellen oder in Interviews ausschließlich der Polizei die Schuld an dieser Gewaltexplosion zu geben.

Alle Bilder, die wir gesehen haben sprechen für sich, sie brauchen nicht kommentiert zu werden. Einige tun dies dennoch und verdrehen die Tatsachen auf eine kranke Art und Weise.

Sich selbst zu profilieren steht bei solchen Menschen im Vordergrund, nichts anderes. Dazu zählen auch einige so genannte „parlamentarischen Beobachter“. Unter ihren Abgeordnetenmandaten begeben sie sich zu diesen, wir tun uns schwer von Demonstrationen zu sprechen, Veranstaltungen und sehen doch tatsächlich erschüttert, dass es eine Polizei gibt, die Wasserwerfer und Schlagstöcke einsetzt. Sie sehen doch tatsächlich, dass die Polizei es ist, die verummumt mit Helmen dort auftritt und Gewalt provoziert.

Ja, das alles sehen sie. Wie das aber entstanden ist und wer dafür verantwortlich ist, das verschweigen sie wissentlich.

Ein positives Beispiel, wie dies auch anders geschehen kann, liefert immer wieder Wolfgang Bosbach. An der Sache orientiert, überparteilich (denn auch seine eigene Partei wird kritisiert), äußert er sich zu Vorkommnissen, wie sie niemals hätten entstehen dürfen.

Wir würden uns mehr solche sachlichen Aussagen wünschen, als die der populistischen „Lautsprecher“, die nur ein Ziel verfolgen, nämlich das Eigene.

JM/PW

GDP-HESSEN-TEAM BETREUT HAMBURG-EINSATZ

MEHRERE TAGE FREIZEIT FÜR UNSERE EINSATZKRÄFTE INVESTIERT



An die 23.000 Polizeibeschäftigte aus dem gesamten Bundesgebiet wurden zu diesem Einsatz nach Hamburg entsendet. Alles, was an Polizeitechnik in Deutschland zur Verfügung stand, wurde ebenfalls nach Hamburg verlegt.

Und natürlich war auch wieder eine starke Beteiligung der GdP im Rahmen der Einsatzbetreuung vor Ort.

Unter der Leitung von Hendrik Steinack und Tanja Wiegand (BZG HBP), beteiligte sich auch der LB Hessen an den Betreuungsmaßnahmen.

Und bereits in der Nacht vor und in den Morgenstunden des G20 - Gipfels kam es zu einer unglaublichen entfesselten und mit nichts zu rechtfertigender Gewalt gegen Menschen und Sachen. Diese Gewalt setzte sich in den darauffolgenden Nächten im Schanzenviertel fort. Brutale Straftäter und Chaoten aus ganz Europa lieferten sich Straßenschlachten mit der Polizei, ohne Rücksicht auf die körperliche Unversehrtheit der eingesetzten Kräfte und ohne Rücksicht auf das Eigentum anderer (Anlieger). Geschäfte wurden geplündert und in Brand gesetzt.

Marodierend zogen linksextremistische Kriminelle durch den Westen Hamburgs. Rücksichtslos und völlig wahllos wurden Autos in Brand gesetzt und Scheiben zerschmettert. Wie ein „rasender Mob ohne Sinn und Verstand“ blieben Trümmerfelder zurück.

Und der „mediale Aufschrei“ und die „gegenseitigen Schuldzuweisungen“ blieben leider nicht aus! Bekanntlich führen

diese aber zu nichts, genauso wenig wie der „politische Klamaus“, den viele sogenannte Volksvertreter nach den Ereignissen entfachten.

Der schwarze Block mit über 1000 gewaltbereiten Personen lieferte sich immer wieder brutale Auseinandersetzungen mit den eingesetzten Polizeikräften. Die Folge: annähernd 500 Verletzte Polizeibeamtinnen und -beamte.

Ein derartiges Ausmaß an Gewalt hat es bisher bundesweit so noch nicht gegeben. Auch der noch nie in dieser Höhe dagewesene polizeiliche Kräfteinsatz konnte nicht verhindern, dass sich Rechtsbrecher, Kriminelle und gewaltbereite Chaoten darstellen konnten!

Altgediente „Hamburger Schutzmänner“ zogen Parallelen zu den schlimmsten Zeiten der zurückliegenden Hafenstraßenproteste. Es tobten extremistische Kräfte außerhalb jeder Rechtsordnung, die teilweise mit terroristischen Mitteln dafür gesorgt haben, dass die erschreckenden Bilder um die Welt gingen.

Es muss Aufgabe aller politisch verantwortlichen Kräfte sein, sich klar und eindeutig zu positionieren. Gewalt in jeder Form ist nicht hinnehmbar und niemals ein Mittel, um seiner Meinung Ausdruck zu verleihen.

Mittlerweile sind auch die hessischen Kräfte mehr oder weniger wohlbehalten wieder in ihre Dienststellen zurückgekehrt. Die physischen Verletzungen wurden auskuriert, allein die erlittenen psychischen Belastungen, die jeder einzelne

Beschäftigte bei den Einsätzen erlitten hat, gilt es im Nachgang aufzuarbeiten.

Nach den vehementen Forderungen der hessischen GdP, den in Hamburg aus Hessen eingesetzten Kräften drei Tage Sonderurlaub zu gewähren, der stellvertretende Landesvorsitzende Stefan Ruppel ließ dabei in zahlreichen Interviews keine Zweifel, kam der hessische Innenminister mittlerweile der Forderung nach.

Allen beim G 20 eingesetzten Kräften aus Hessen wurden drei Tage Sonderurlaub gewährt. Zudem soll noch im August für die „hessischen G 20 Kräfte“ ein Grillfest in Lich stattfinden, zu dem Ministerpräsident Bouffier und Innenminister Beuth bereits eingeladen haben.

Bleibt zu hoffen, dass von den annähernd 1300 Kräften möglichst viele die (dienstliche) Gelegenheit eingeräumt bekommen, an diesem Grillfest teilnehmen zu können.

Wir vom Landesvorstand der GdP Hessen sind froh darüber, dass unsere entsendeten Kräfte letztlich keine schweren Verletzungen davongetragen haben.

Darüber hinaus bedanken wir uns bei dem hessischen GdP - Betreuungsteam, unter der Leitung des Bezirksgruppenvorsitzenden der HBP, Hendrik Steinack, sowie seiner Vertreterin Tanja Wiegand. Sie und andere haben ihre Freizeit für die Begleitung der Kräfte nach Hamburg geopfert. Teilweise konnten einzelne Bezirke in Hamburg nicht mit dem Betreuerfahrzeug angefahren werden, weil die Gefährdungslage entsprechend hoch war!

Steinack/Wiegand

Eine Aktion der GdP und Bild: Hilfe für verletzte G20-Polizistinnen und Polizisten

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
am Ende des G20-Gipfels in Hamburg stand die traurige Bilanz fest: weit über 500 der 23.000 eingesetzten Kolleginnen und Kollegen, die im Einsatz waren, wurden verletzt. Gemeinsam mit der Gewerkschaft der Polizei hatte die BILD Zeitung daher die Aktion „Solidarität mit G20 Polizisten“ ins Leben gerufen.

Zahlreiche Geld- und Sachspenden, u.a. von tausenden Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen wie der Deutschen Bahn, gingen daraufhin bei den Initiatoren ein. Das Ergebnis der schönen Aktion wird nun von den Organisatoren anteilig - gemessen an der Zahl verletzter Polizistinnen und Polizisten - auf die einzelnen Polizeien von Bund und Ländern aufgeteilt und in Form von Sachzuwendungen den jeweiligen polizeilichen Hilfs- und Unterstützungsfonds gespendet.

Das ist z.B. in Berlin die Volker-Reitz-Stiftung, in der Bundespolizei die Bundespolizei-Stiftung oder in Schleswig-Holstein der Hilfs- und Unterstützungsfonds für Polizeibeschäftigte und deren Familien in Not e.V.

Die beteiligten Stiftungen werden den verletzten Kolleginnen und Kollegen, die im Zusammenhang mit dem G20-Gipfel einen Dienstunfall gemeldet haben, als Beitrag zur Genesung und schnellen Wiederherstellung der Dienstfähigkeit und zur Verarbeitung des Erlebten eine Sachzuwendung für einen Erholungsaufenthalt eigener Wahl zukommen lassen.

Die Stiftungen sind gemeinnützig und explizit für derartige Anlässe gegründet worden. Es geht nicht um die Vergabe von Belohnungen und Geschenken, sondern um eine Genesungshilfe (in Form eines Genesungsurlaubs), die dazu dienen soll, das Erlebte zu verarbeiten.

Die Sachzuwendung erfolgt in Form eines Hotelgutscheins der TUI für sich, ihre/n Partner/in und Kinder, sowie zwei Freifahrtscheine der Deutschen Bahn in der 1. Klasse (Kinder bis 14 Jahre fahren

gratis mit) und einen Entertainment-Gutschein von BILD Plus für die Unterhaltung an den Erholungstagen.

Was müssen Kolleginnen und Kollegen tun, um die Zuwendung zu erhalten?

Um die Zuwendung zu erhalten, müssen die betroffenen Kolleginnen und Kollegen einen Dienstunfall im Zusammenhang mit dem G20-Gipfel gemeldet haben und sich mit der Stiftung in Verbindung setzen.

Man kann seine Kontaktdaten als G20-Verletzter auch über die Dienststelle an die Stiftung mitteilen lassen, wenn man sein Einverständnis erklärt. Eine Mitgliedschaft in der GdP ist nicht erforderlich, um an dieser Aktion teilhaben zu können.

Da die Gutscheine eine begrenzte Gültigkeit haben, empfehlen wir, nicht mit der Meldung zu warten.

Dürfen Polizistinnen und Polizisten diese Hilfe überhaupt annehmen?

Ja! Zwar dürfen sie selbstverständlich keine Vorteile von Dritten des Amtes wegen annehmen. In diesem Fall handelt es sich jedoch um Sachzuwendungen der polizeilichen Stiftungen aus ihnen zugeflossenen Spenden. Die Zuwendung geht ganz im Sinne ihres Stiftungszwecks an die verletzten Polizistinnen und Polizisten.

Wir wünschen allen Kolleginnen und Kollegen eine baldige und vollständige Genesung sowie gute Erholung!

Folgende Polizeistiftungen organisieren die Genesungshilfe:

- Für die Länder Berlin, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinlad-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen die Volker-Reitz-Stiftung in Berlin
- In Baden-Württemberg: Polizeistiftung des Landes Baden-Württemberg
- In Bayern: Bayerische Polizeistiftung
- Bundespolizei: Bundespolizeistiftung
- In Brandenburg: Polizeiunterstützungsverein Grüner Stern Brandenburg e.V.
- In Bremen: Initiative Bürger und Polizei e.V.

- In Nordrhein-Westfalen: Polizeistiftung NRW
- Im Saarland: Hilfsfonds der saarländischen Polizei
- In Schleswig-Holstein: Hilfs- und Unterstützungsfonds für Polizeibeschäftigte und deren Familien in Not e.V. (HUPF e.V.)

Die Kontaktdaten sind über die GdP-Landesbezirke zu erfragen oder über die jeweilige Homepage der Stiftungen.

Für alle betroffenen Kolleginnen und Kollegen in Hessen bedeutet dies also, dass ihr euch unter den beschriebenen Vorgaben an die Volker Reitz Stiftung in Berlin wenden müsst.

Diese könnt ihr über die Homepage der GdP Berlin erreichen. Dort ist ein Link zur Stiftung hinterlegt. www.gdp.de/Berlin.

Wir möchten nochmals sehr deutlich darauf hinweisen, dass die gemeinsame Aktion der GdP mit der Bild-Zeitung für ALLE verletzten Kolleginnen und Kollegen gilt, nicht nur für GdP-Mitglieder.

Hierin unterscheiden wir uns sehr anschaulich von einer anderen Gewerkschaft in Hamburg, die Ausgleichs für verletzte Kolleginnen oder Kollegen mit einer Mitgliedschaft verbinden. ■

PW/Red



Bei der Übergabe der Gutscheine der Spendenaktion: Sven Hüber, Vorsitzender des Stiftungsvorstandes der Bundespolizeistiftung, Alberdina Körner (Geschäftsführerin d. GdP), Dirk Bork, Vorstandsvorsitzender Volker-Reitz-Stiftung, Claudia Weingärtner und Frank Ochse, beide BILD
Foto: Peter Müller, BILD

BEREITSCHAFTSPOLIZEI IM FOKUS

VERANSTALTUNG IM RAHMEN DER VERANSTALTUNGSREIHE „POLIZEITAGE“

Am Dienstag, 27.07.2017 fand im Rahmen der Polizeitage eine Veranstaltung der GdP-Bund in Kooperation mit dem Behördenspiegel in Berlin statt. Gäste, Referenten und Gewerkschaftsvertreter des Bundesvorstandes der GdP, an der Spitze Clemens Murr als Mitglied des geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes trafen sich, um die Bereitschaftspolizei des Bundes sowie der Länder in den Focus zu nehmen. In Anlehnung an das im November 2016 bereits erfolgreich absolvierte Symposium „Bereitschaftspolizei der Zukunft“, stellte diese Fachtagung einen weiteren Baustein in der offensiven Begleitung der Zukunftsgestaltung der Bereitschaftspolizei dar.

In seiner Eröffnungsrede ging Clemens Murr auf die Bedeutung der Bereitschaftspolizei ein. Diese sei in allen Bundesländern sowie im Bund eine wesentliche Säule in der Sicherheitsarchitektur. Defizite in der Ausstattung, die erhöhte Arbeitsverdichtung, die von Süd bis Nord gleichgeartete Notwendigkeit der PED Unterstützung, fehlende Körperschutzausstattung sind nur einige Schlagworte aus seiner Rede.

Getragen wurde der Vortrag von der Aufforderung an die Politik, der Bereitschaftspolizei die nötige Anerkennung entgegen zu bringen. Aktuelle Themen wie zum Beispiel die Stundenvergütung im geschlossenen Einsatz, die in den Bereitschaftspolizeien der Länder unterschiedlich gehandhabt wird, in eine 1:1 Vergütung bei „Auslandseinsätzen“ münden zu lassen, wurden angesprochen.

Es ist nicht hinnehmbar, dass der Kollege/die Kollegin für die gleiche Tätigkeit wie der Kollege aus Niedersachsen, der im Einheitsverband/Hundertschaftsverband neben ihm steht, geringer vergütet wird.

Die Flexibilität, die hohe Motivation und die Professionalität der Lagenbewältigung sind laut Clemens Murr die Wesensmerkmale der Bereitschaftspolizei. Schlagwörter wie „Beton- Wochenende“, als „planbar freies Wochenende“ in Hessen bekannt, oder die Forderung nach einer Zulage für Angehörige der geschlossenen Einheiten sind Forderungen, die die GdP-Bund seit längerem thematisiert.



Dr. Günter Krings, Parlamentarischer Staatssekretär im BMI, eröffnete seine Begrüßungsrede mit einer Reflexion der jüngeren Einsatzsituationen. Pokalspiel, Breidscheidplatz, Kirchentag, Rock am Ring ... die Reihe lässt sich problemlos verlängern, rücken immer mehr in das Sicherheitsdenken der Bevölkerung.

Dr. Krings Kernaussage lautete: „Ohne Bereitschaftspolizei ist das SICHER BEWEGEN in der Öffentlichkeit nicht möglich“

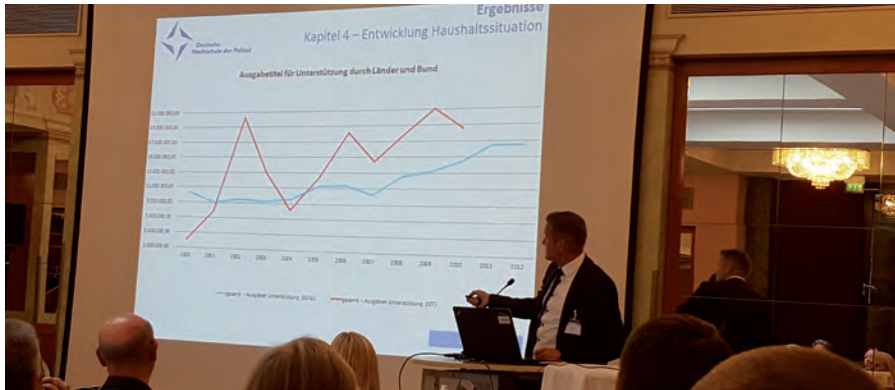
Dieser Herausforderung kann die Bereitschaftspolizei nur begegnen in dem länderübergreifende Einsätze solidarisch gewährleistet werden. In 2016 kam es bundesweit zu insgesamt 175 länderübergreifenden Einsätzen. 2017 sind es bereits 130 und ein Ende ist nicht in Sicht. Die Bereitschaftspolizei des Bundes begegnet dieser Herausforderung mit einer Einstellungs offensive mit 7000 zusätzlichen Stellen.

Signifikante Veränderungen wurden im Rahmen der Gesetzgebung eingeführt. Strafbarkeit bei Angriffen auf Polizeibeamte wie auch auf Rettungskräfte sind bereits bei DIENSTHANDLUNGEN gegeben und greifen nicht erst bei Vollstreckungshandlungen. Somit ist das bloße angreifen von Polizeikräften im geschlossenen Verband bereits unter Strafe gestellt.

Die Ergänzung der vorhandenen KSA auf einen Blendschutz, der vor der Blendwirkung von Pyrotechnik schützen soll ist ein Nahziel, das von Dr. Krings formuliert wurde. Als eine weitere auch sinnvolle Ergänzung ging Dr. Krings auf den Einsatz von unbemannten "Aircraft-Systems" als einsatzbegleitende Maßnahme/ Ergänzung ein.

Unter der Überschrift „aktuelle Herausforderungen für die Bereitschaftspolizei“ stellt der Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder, Wolfgang Lohmann, seine Ausführungen. Seine Vision und Kernaussage „Die Bereitschaftspolizeien der Länder sowie des Bundes ist eine Bereitschaftspolizei mit 17 Ärmelabzeichen (Hoheitszeichen)“, sollte nicht als Anspielung auf die Problematiken des Föderalismus verstanden werden. Vielmehr hob der Inspekteur die Notwendigkeit gleicher Ausstattung, gleicher Ausbildung im taktischen Bereich hiermit zum Ausdruck. Kernforderungen wie das Vorhalten entsprechender Kräfte nach der Bund-Länder Vereinbarung sowie die Forderung nach einer Mindestverweildauer von 3 Jahren in der Bereitschaftspolizei ergänzte den Vortrag von Herrn Lohmann. Nicht unerwähnt bleiben sollte hier die Generalforderung nach Erhöhung der Personalstärke als allgemeine Forderung an die Länder.

Thomas Hampel, Inspekteur der Bayerischen Polizei erläuterte die Schnittstelle im Anschlagfall von den „erst vor Ort befindlichen Kräften des polizeilichen Einzeldienstes – der eingesetzten Kräften der Bereitschaftspolizei und der SE“. Hier müsste es immer weiter zur Optimierung aller Kräfte kommen, damit alle über das Gleiche mit dem entsprechenden Rollenverständnis reden. Die Bekämpfung von bewaffneten Gewalttätigen sollte hier bereits in die Ausbildung mit einfließen. Nach dem Anschlagsszenario in München geriet das Informationsmanagement während des Einsatzes in den Kernbereich der Betrachtung. Von Polizeibeamten aufgenommen Sequenzen, Informationsgewinnung aus sozialen Medien, Informati



onsweitergabe in soziale Medien fließen immer stärker in die Einsatzbewältigung mit ein.

Der Vorsitzende des Bundesfachausschuss Bereitschaftspolizei, Jürgen Herdes war mit einem Vortrag „Die Rolle der Bereitschaftspolizei“ im Tagungsprogramm angekündigt. Diese musste jedoch kurzfristig ausfallen, da Jürgen Herdes tags zuvor von der neu gewählten Landesregierung in das Ministerbüro des Innenministers des Landes Schleswig-Holstein als persönlicher Referent berufen wurde.

An diese Stelle rückte kurzfristig ein Vortrag von Herrn Dr. Alexander Schmelzer von der Bundespolizei. Sein Vortrag trug die Überschrift „Sicherheitsföderalis-

Bundesstaat bewahrende Bundestreue offensichtlich.

Diese wird zu Lasten weniger Bundesglieder als Kompensation von Fähigkeits- und Kapazitätslücken (Bewusst) aus- und überreizt. Experten des Bundesministeriums des Innern, des Bundespolizeipräsidiums und der Bundesbereitschaftspolizei stützen die Ergebnisse sowie den ermittelten Handlungsbedarf.

Ohne Gegensteuerung nähert sich der Sicherheitsföderalismus im Bereich des polizeilichen Krisenmanagements einem ständigen Ausnahmezustand für dessen Bewältigung das Grundgesetz keine Vorsorge vorsieht – und gefährdet damit die innere Sicherheit Deutschlands.“ (Auszug

aus der Beschreibung eBook.de Sicherheitsföderalismus im Ausnahmezustand-Autor Dr. Alexander Schmelzer)

In dem Vortrag wurde Hessen als „Rotland“ gekennzeichnet. Das bedeutet, dass Hessen im Vergleich der Bundesländer nicht die im vereinbarten Umfang Kräfte zur Verfügung stellte und sich zur Bewältigung von Einsatzlagen Einsatzkräften anderer Länder und des Bundes bedienen musste. Im Gegenzug wurden die Einnahmen aus Unterstützungsleistungen für andere Bundesländer generiert wurden, exorbitant gesteigert. Eine bloße Analyse des Bundeslandes Hessen wurde nicht dargestellt. Gleichzeitig wurde der Ausgabebetitel für Unterstützung durch Länder und den Bund für den Untersuchungszeitraum deutlich überschritten im IST aber auch in dem haushälterischen Ansatz im Soll deutlich erhöht.

Im Ergebnis korrespondieren diese Zahlen mit der Anzahl der außerhessischen Unterstützungseinsätze der Be-

reitschaftspolizei mit der Gesamtzahl der Einsätze in deren Zusammenhang Einheiten anderer Bundesländer angefordert wurden.

Jahr/ Anzahl Einsatze/ Anzahl Einsatze bundesweit:

2006:	23	: 90
2007:	17	: 110
2008:	25	: 127
2009:	23	: 160
2010:	24	: 122
2011:	23	: 121
2012:	23	: 113
2013:	16	: 100
2014:	17	: 143
2015:	33	: 209
2016:	23	: 170
2017:		: bisher 157

Bei genauer Betrachtung der Zahlen fällt signifikant auf, dass 2006 zu 2016 die gleiche Anzahl der Unterstützungsmaßnahmen anderer Bundesländer geleistet wurden.

Gleichzeitig haben sich die Einsätze mit Unterstützungsleistungen anderer Bundesländer fast verdoppelt. Ein Grund für diese Entwicklung könnte fehlendes Personal und/oder eine Verringerung der technischen Unterstützungsmöglichkeiten sein. Dr. Schmelzer endete seinen Vortrag mit der Forderung, diesen Entwicklungen entgegenzustehen.

Aus der Sicht eines Personalratsvorsitzenden der Hessischen Bereitschaftspolizei bargen alle Vorträge ausreichend Zündstoff, die zum Nachdenken anregen.

Klaus Otto



mus im Ausnahmezustand“. Dr. Schmelzer erwarb mit diesem Titel seine Dissertation an der Deutschen Hochschule der Polizei. Dieser Vortrag barg nicht nur unerheblichen Zündstoff. Im Kern kann dieser Vortrag folgendermaßen beschrieben werden: „Not kennt kein Gebot“.

Diesem Grundsatz folgt offenbar der Sicherheitsföderalismus in der aktuellen Staatspraxis. Der Autor analysiert die Entwicklung gegenseitiger Unterstützungseinsätze von Bund und Ländern sowie deren Anforderungsverhalten in den Jahren 2000 bis 2012. Gespiegelt zur Haushalts- und Personalpolitik im Bereich der Polizei werden Verstöße gegen die den

DOPPELHAUSHALT 2018 UND 2019

POLIZEI MUSS NACHHALTIG UND ZUKUNFTSFÄHIG GESTÄRKT WERDEN

Die Polizei in Hessen arbeitet zunehmend an der Grenze der Belastbarkeit. Viele Stärken in Dienstgruppen und Kommissariaten sind nachweislich geringer als noch vor einigen Jahren. Wahrscheinlich sind die zu konstatierenden Entwicklungen in einigen Bereichen mit dafür verantwortlich, dass immer mehr Personal aus dem Bestand in neu aufzubauende Organisationseinheiten und Einheiten wechseln müssen. Das hochgepreisene und seit vielen Jahren überfällige neue Personal wird höchstwahrscheinlich nicht dort ankommen, wo wir es noch vor Kurzem erhofft hatten.

Immer neue Herausforderungen und Phänomene zwingen die Politik möglicherweise dazu, die neuen Kolleginnen und Kollegen, die uns bis 2020 zur Verfügung stehen, zweckgebunden einzusetzen.

Stärkung der Basisdienststellen, mehr Ermittler in den Kommissariaten mit Massendelikten, personelle Aufstockung der Bereitschaftspolizei? Wir zweifeln ein wenig, dass dies auch so geschieht, weshalb?

Die terroristische Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus, der Links- und Rechtsterrorismus, die großen Herausforderungen durch die Digitalisierung in den Bereichen Smarhome, Industrie 4.0 und Always on, sowie die immer neuen Formen der Cyber- und Internetkriminalität fordern eine konsequente Begegnung derselben und damit auch ein Mehr an Personal. Eine hohe Einsatzbelastung durch immer wiederkehrende Sonderlagen, sowie eine zunehmende Gewalt und Respektlosigkeit gegen Polizeibeschäftigte.

Alleine in Hessen wurde 2016 ein Zuwachs von Gewalt gegen Polizeibeschäftigte um 13%, auf nunmehr 3467 Straftaten, bei denen Polizeibeschäftigte Opfer von Gewalt wurden, bilanziert.

Hinzu kommen landesweit ca. 2,8 Millionen Überstunden sowie eine durchschnittliche Krankenrate von 30 Tagen pro Beschäftigten. Da bleibt kaum Raum für Beschwichtigungsversuche.

Die Landesregierung stellt einen Doppelhaushalt für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 auf, der insbesondere auch die



Belange der hessischen Polizei in besonderer Weise berücksichtigen muss.

Ohne die Eskalation der Gewalt rund um den „G 20 Gipfel in Hamburg“ tiefer bewerten zu wollen, ist festzustellen, dass Gewalt gegen Polizeibeschäftigte immer brutalere Formen annimmt und dabei immer organisierter wird. Eine beweisgesicherte und damit revisionssichere Strafverfolgung, dies werden sicherlich auch die im Nachgang zu führenden Strafverfahren in Hamburg belegen, gestaltet sich aufwändig. Ein Blick auf den 2015 zurückliegenden Einsatz „EZB – Eröffnung“ in Frankfurt am Main und die im Nachgang verurteilten (oder nicht) Täter untermauern diese Befürchtungen.

Die von der Landesregierung beschlossenen 1000 Mehreinstellungen sind ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Weitere müssen aber zwingend folgen, denn auf halbem Weg darf man nicht stehen bleiben.

Neben gesetzlichen Rahmenbedingungen braucht es dringend ein mehr an zusätzlichem Personal sowie eine verbesserte Schutzausrüstung für alle Polizeibeschäftigten, die solche Einsätze begleiten müssen. Hamburg hat aber auch gezeigt, dass ein Einsatz von dieser Dimension die Endlichkeit des deutschlandweiten zur Verfügung stehenden Personals offenbart. Der Personalbedarf an zusätzlicher Vollzugspolizei wird konsequent weiter steigen, weil auch die Kriminalität und damit die Belastung der Polizei ständig Schritt halten muss.

Die von der Landesregierung beschlossenen 1000 zusätzlichen Mehreinstellungen sind ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Weitere müssen aber zwingend folgen, denn auf halbem Weg darf man nicht stehen bleiben. Vor dem Hintergrund der weiter rasant anwachsenden Aufgaben braucht es eine nochmals verstärkte Personal- und Sachausstattung, um die bereits schon jetzt vorhandenen Defizite spürbar auszugleichen zu können.

Das Phänomen der Selbstmordattentäter im Bereich des islamistischen Terrorismus ist schon lange in Europa angekommen und wird nicht mehr von der Bildfläche verschwinden. Eine damit einhergehende Bedrohung in allen ihren Facetten wird die Lebensbedingungen in

Bei der hessischen Polizei sind ca. 60 % der Vollzugsbeamtinnen und -beamten im ersten Beförderungssamt (A10) eingeeilt. Bei der derzeitigen Stellenstruktur gibt es wenig Chancen, trotz hoher Belastungen und hervorragender Arbeit, durch den bestehenden „Flaschenhals“ in die nächst höhere Besoldungsgruppe A 11 befördert zu werden. Kein attraktives Angebot für potentielle Bewerber.

Deutschland prägen. Bereits schon heute werden Weihnachtsmärkte und große Volksfeste akribisch bewacht und gleichen „Festungen“.

Im Bereich Cybercrime stellen internationale Fachleute fest, dass hier erst der Anfang der kriminellen Evolution konstatiert ist. Um Polizei und die Sicherheitsorgane „vor die Lage“ zu bringen, bedarf es länderübergreifender Ansätze. Ein bloßes „Hinterherlaufen“ um Schadensbegrenzung zu betreiben, reicht bei weitem nicht aus.

Bis 2021 werden bundesweit 60.000 Polizeibeamtinnen und -beamte das Ruhestandsfähige Alter erreichen.

Ausdrücklich warnen wir hier vor dem „aufbohren“ der in den Ländern bestehenden unterschiedlichen Altersgrenzen für den Polizeivollzug. Die Polizei und ihre Beschäftigten muss mit der Kriminalität Schritt halten. Eine Polizei jenseits der Altersgrenze von max. 60 Jahren ist daher

strikt abzulehnen. Die bereits ergriffenen Bemühungen, eine „gesunde Polizeistruktur“ in Hessen durch vielfältige Maßnahmen zu implementieren muss konsequent weiter ausgebaut werden.

Das bedeutet, dass wir in Deutschland 72.000 junge Menschen finden müssen, die bereit sind, diesen Beruf zu ergreifen. Belastungsphänomene dürfen dabei keine abschreckende Wirkung erzielen. Konsequentermaßen müssen Entlastungsräume gestaltet und umgesetzt werden, allein die zusätzliche Bereitstellung von finanziellen Mitteln zum Abbau der Mehrarbeit reicht hier nicht aus!

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verlangt dienstlich planbare Freiräume. All diese genannten Faktoren haben selbstredend Auswirkungen auf potentielle Bewerberinnen und Bewerber auf dem Arbeitsmarkt. Bereits schon heute stellen die Polizeien der Länder und des Bundes, des BKA und des Zolls fest, dass ein Ringen um die besten Köpfe längst begonnen hat.

Die verantwortlichen Landesregierungen müssen konsequent einplanen, dass es zu massiven Engpässen kommen wird, wenn die Einkommens- und Arbeitsbedingungen, hier sind auch die realistischen Aufstiegsmöglichkeiten bei der Polizei gemeint, nicht signifikant verbessert werden.

Gerade im Bereich der Basisdienststellen gehört ein deutlicher Zuwachs an Vollzugsstellen, um für die dringend nötige Entlastung zu sorgen.

Bei der hessischen Polizei sind ca. 60 % der Vollzugsbeamtinnen und -beamten im ersten Beförderungssamt (A10) eingeeilt. Bei der derzeitigen Stellenstruktur gibt es wenig Chancen, trotz hoher Belastungen und hervorragender Arbeit, durch den bestehenden „Flaschenhals“ in die nächst höhere Besoldungsgruppe A 11 befördert zu werden. So lässt sich kein attraktives Angebot für potentielle Bewerber darstellen.

Wir wiederholen deshalb unseren dringenden Appell an die Hessische Landesregierung, im kommenden Doppelhaushalt den bekannten Stellenmalus durch weitere Einstellungen zu kompensieren. Ein dringend benötigtes Hebungsprogramm muss die Attraktivität des Polizeiberufs spürbar steigern.

Die Innere Sicherheit ist ein wertvolles Gut. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten einen modernen, den Kriminalitätsphänomenen angepassten Staat und damit eine Polizei, die jederzeit in der Lage ist, die Rechtsgüter jedes Einzelnen, aber auch letztlich den Rechtsstaat zu gewähren.

Um die innere Sicherheit im Land zu gewährleisten, ist eben ein Marathon oder Triathlon erforderlich!

Dabei dürfen auch die Fach- und Verwaltungsbeamten, sowie die Tarifbeschäftigten innerhalb der Polizei nicht vergessen werden, denn erfolgreiche Polizeiarbeit gelingt nur aus einem Guss, wenn alle Bereiche nahtlos und uneingeschränkt das System tragen. ■

Redaktion

MEHR PERSONAL, MEHR STELLEN UND EIN ATTRAKTIVER ARBEITGEBER SEIN...

Die Polizei in Hessen fährt seit Jahren auf Verschleiß. Die rasanten Entwicklungen der Kriminalität fordern die hessischen Polizisten rund um die Uhr. Hinzu kommt eine hohe Einsatzbelastung und die zunehmende Gewalt und Respektlosigkeit gegen Polizeibeamte. Alleine in Hessen hatten wir im vergangenen Jahr einen Zuwachs der Gewalt gegen Polizeibeamte um 13 Prozent auf nunmehr 3467 Straftaten, bei denen Polizisten Opfer von Gewalt wurden.

2,8 Millionen Überstunden und eine durchschnittliche Krankenrate von 30 Tagen lassen wenig Spielraum für Bewuschigungsversuche.

Ohne die Eskalation der Gewalt rund um den „G 20-Gipfel in Hamburg“ tiefer bewerten zu wollen, ist festzustellen, dass Gewalt gegen Polizeibeschäftigte immer brutalere Formen annimmt und dabei immer organisierter wird. Neben gesetzlichen Rahmenbedingungen braucht es

dringend ein Mehr an zusätzlichem Personal sowie eine verbesserte Schutzausrüstung für alle Polizeibeschäftigten, die solche Einsätze begleiten müssen.

Der Personalbedarf an zusätzlicher Vollzugspolizei wird konsequent weiter steigen, weil durch ein Mehr an Kriminalität die Belastung der Polizei ständig Schritt halten muss.

Die von der Landesregierung zugesagten 1000 zusätzlichen Stellen sind ein Schritt in die richtige Richtung, werden aber nach unserer Einschätzung nicht ausreichend sein, um die vorhandenen Defizite spürbar auszugleichen.

Das Phänomen der Selbstmordattentäter im Bereich des islamistischen Terrorismus wird nicht mehr von der Bildfläche verschwinden. Damit – und mit all seinen daraus zu folgernden polizeilichen Notwendigkeiten – werden wir künftig leben müssen. Bei der Digitalisierung und Cybercrime stehen wir erst am Anfang der

kriminellen Evolution. Deshalb müssen wir „vor die Lage“ kommen.

Bis 2021 gehen bundesweit 60.000 Polizeibeamtinnen und -beamte in den Ruhestand. Das bedeutet, dass wir 72.000 junge Menschen finden müssen, die bereit sind, diesen Beruf zu ergreifen. Die auch nach den schrecklichen Bildern von Hamburg noch sagen:

„Ja ich möchte Polizist werden.“

Dazu gehört ein deutlicher Zuwachs an Vollzugsstellen, um endlich an den Basisdienststellen für die dringend nötige Entlastung zu sorgen. Dabei dürfen auch die Fach- und Verwaltungsbeamten, sowie die Tarifbeschäftigten nicht vergessen werden. Ebenso gehören deutlich bessere Aufstiegsmöglichkeiten dazu. In Hessen hängen über 60 % im ersten Beförderungssamt A10 fest. Damit lässt sich kein attraktives Angebot für potentielle Bewerber darstellen. ■

Peter Wittig



FRANKFURTER PRÄSIDIUM FEIERT 150. GEBURTSTAG

Wenn ein Polizeipräsidium Jubiläum feiert, denkt man sofort an die Nachkriegszeit nach Inkrafttreten der Hessischen Verfassung am 1. Dezember 1946. Auch mit diesem Rückblick kurz überschlagen handelt die Frankfurter Polizei bereits seit über sieben Jahrzehnten für die Bürgerinnen und Bürger, als Teil des Landes Hessen.

Der Polizeihistoriker Kurt Kraus indes hat in der anlässlich des Festaktes zum 150 jährigen Jubiläum wie folgt beschrieben: „ Im Jahr 2017 kann das Frankfurter Polizeipräsidium auf sein 150jähriges Bestehen zurückblicken. Der Werdegang ist mit einer langjährigen Entwicklungsgeschichte verbunden, die sich bis ins 2. Jahrhundert zurückverfolgen lässt: In der römischen Stadt Nida (lag im heutigen Stadtteil Heddernheim) erfüllte die berittene Truppe der Beneficariier polizeiähnliche Aufgaben.“

Auf eines ist und war aber in den 150 Jahren immer Verlass: Auf die vielen Kolleginnen und Kollegen, die, jeder und jede auf seinem oder ihrem Platz, alles für die Sicherheit und Ordnung innerhalb Frankfurts getan haben und dies auch immer noch tun!

So weit will der Autor dieses Artikels aber nicht zurückblicken. 150 Jahre Geburtstag bedeutet für die Frankfurter und deren Polizei eine feste Größe im Wandel der sicherlich nicht immer einfachen historischen Zeiten und Regierungsformen.

Auf eines ist und war aber in den 150 Jahren immer Verlass: auf die vielen

Kolleginnen und Kollegen, die, jeder und jede auf seinem oder ihrem Platz, alles für die Sicherheit und Ordnung innerhalb Frankfurts getan haben und dies auch immer noch tun!

Bei der Anreise am 24. Juni zum Tag der offenen Tür und der davor stattfindenden Feierstunde habe ich feststellen können, dass rund um das (neue) Polizeipräsidium Frankfurt die Sicherheitsmaßnahmen signifikant und damit für jedermann sichtbar waren. Es ist eigentlich schade, stellen einige Festaktgäste im Dialog fest, dass sich diejenigen, die den Staat schützen und den Bürgerinnen und Bürgern ihre Arbeit vorstellen möchten, nochmal besonders schützen müssen! Ja, die Anschlagsgefahr ist und bleibt sicherlich allgegenwärtig, so dass die Sicherheitsmaßnahmen auf keinen Fall kritisiert werden sollen, sie haben auch letztlich gegriffen!

In der Einladung war Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier als Festredner angekündigt worden. An seiner Stelle sprach Innenminister Peter Beuth, oberster Dienstherr der Hessischen Polizei. Ob und warum der Ministerpräsident nicht anwesend war, kann an dieser Stelle nicht belegt aufgelöst werden. Sicherlich hat es aber auch mit einem „angespannten Verhältnis“ des Ministerpräsidenten Bouffier zum Frankfurter Oberbürgermeister Feldmann zu tun.

Wie Volker Bouffier anlässlich seiner Buchvorstellung „Ich will jeden Tag die Welt ein bisschen besser machen“ zitiert wird, „hat Frankfurt einen besseren Oberbürgermeister“ verdient.

Im Grußwort der Festschrift zum Präsidiumsgeburtstag erklärt unser Ministerpräsident u.a.: „Unser Land braucht eine kompetente, der Demokratie verpflichtete und engagierte Polizei, die für die Bürgerinnen und Bürger eintritt. (...) Polizistinnen und Polizisten leisten für unsere

Gesellschaft einen unverzichtbaren und unschätzbaren Dienst.“

Musikalisch bestens umrahmt begann der Festakt, anders als ich erwartete, in den Räumen der Kantine des Frankfurter Polizeipräsidioms. Natürlich erhofften sich viele geladene Gäste einen Festakt zur Ehren der Frankfurter Polizei in der „gut Stubb“ im Kaisersaal, dort nämlich, wo jährlich die Neuzugänge von der Stadt begrüßt werden, die bei der Frankfurter Polizei ihren Dienst beginnen. Aber auch die Kantine im innersten der Behörde konnte sich sehen lassen! Aufgrund der guten nachbarschaftlichen Beziehungen zum Hessischen Rundfunk unterstützte dieser gerne nicht nur mit technischem „Know-How“, sondern stellte zugleich einen beliebten Moderator, Robert Hübner, der nicht nur charmant sondern auch inhaltlich bestens belesen, kurzweilig durch das Programm führte. Auch zeichnete der Hessische Rundfunk für einen Trailer verantwortlich, der einen kurzen aber gelungenen Abriss der Geschichte der Frankfurter Polizei darstellte.



Begrüßung: PP Bereswill und IM Beuth

Frankfurts amtierender Polizeipräsident, Gerhard Bereswill, begrüßte die Anwesenden mit einer Ansprache, die deutlich machte, dass er nicht nur Spaß an seiner

(oftmals anstrengenden) Funktion hat, sondern es auch verstand, alle Gäste willkommen zu heißen. „Immer neue Herausforderungen, die meisten Versammlungen mit polizeilicher Begleitung und die stetig wachsende Mainmetropole waren aus meiner Sicht die Anker einer gelungenen Begrüßungsansprache“. Präsident Bereswill vergaß auch nicht, sich bei allen Kolleginnen und Kollegen für ihr Wirken im Sinne einer Bürgerpolizei zu bedanken und zeigte sich gut gelaunt als empathischer Gastgeber dieses Geburtstages. Die Idee, diesen Geburtstag gemeinsam mit den Frankfurter Bürgerinnen und Bürgern zu feiern unterstreicht den Anspruch der Polizei in der Mainmetropole, gerne und gut als Bürgerpolizei zu wirken!

Der Oberbürgermeister Peter Feldmann trat nach einem musikalischen Zwischenstück an das Rednerpult. In gekonnter Manier spannte Feldmann einen Bogen durch die Stadtgeschichte Frankfurts,

„In vielen persönlichen Gesprächen von Herrn Dr. Seubert und mir während der Rundgänge innerhalb und außerhalb des Präsidiums bedankten sich die Menschen für die informativen Vorträge und Führungen, für die breit gefächerten Infostände und die spannenden und abwechslungsreichen Vorführungen“.

PP Bereswill in seiner Dankesrede

nicht ohne die Polizei und ihre Arbeit gebührend zu würdigen. Wer weiß heute noch, das 1867, also im Gründungsjahr des Präsidiums, der erste Polizeipräsident Guido von Madai 100 Beamten vorgesetzt war? Auch der Brückenschlag über Handel, Politik und nicht zuletzt als Hotspot des internationalen Bankenwesens gelang es Peter Feldmann, seine kurzweilige Ansprache mit einigen Anekdoten aus der Stadtgeschichte anzureichern.

Stellvertretend, wie bereits erwähnt, war als Laudator und damit Festredner der oberste Dienstherr der hessischen Polizei, Peter Beuth, an der Reihe.

Insbesondere das Aufgabengebiet, mit welchem sich die Frankfurter Polizei in 365 Tagen im Jahr, rund um die Uhr zu befassen hat, waren aus seiner Sicht deutliche Indikatoren einer herausragenden Verantwortungsübernahme durch die Polizei für das Gemeinwesen.



Karin Schäfer und Jens Mohrherr

Neben den musikalischen Beiträgen durch das Landespolizeiorchester Hessen kamen auch der „Polizeichor Frankfurt“ und der Männerchor „Die Preußen“ mit Liedbeiträgen bei den Gästen sehr gut an. Letztgenannte traten sogar in historischen Kostümen auf, was einen gewissen Charme hinterließ.

Bevor sich anschließend die Türen und Tore des Polizeipräsidiums öffneten, hatten die geladenen Gäste noch die Gelegenheit, „an einem kulinarischen Markt der Kommunikation“ im Innenhof des Präsidiums teilzunehmen. Hier trafen sich neben zwei ehemaligen Frankfurter Polizeipräsidenten (Herr Thiel und Herr Hofmann) und einem ehemaligen hessischen Ministerpräsidenten (Herr Koch), Vertreterinnen und Vertreter aus der Polizei, der Wirtschaft und Stadtgremien, sowie von benachbarten Behörden und Verbänden. So unkompliziert wie der Festakt, so kurzweilig war auch dieses „Come together“ im Innenhof.

Es oblag im Anschluss jedem selbst, sich ein Bild von den stattlichen 74 Programmpunkten bei herrlichem Sommerwetter zu machen. Neben einer Aktions-, Präventions-, Blaulicht- und Kripomeile präsentierten sich auch weitere Institutionen.

Hauptdarstellerinnen und Hauptdarsteller waren aber, ohne zu übertreiben, die vielen Kolleginnen und Kollegen. Auch unsere Diensthunde und Dienstpferde sind da natürlich mit eingeschlossen! Leuchtende Kinderaugen, fragende Gesichter von Erwachsenen machten dem stillen Beobachter deutlich, dass die Programmpunkte Eindruck hinterließen! Geschätzt kamen mehr als 20.000 Besucherinnen und Besucher in das Polizeipräsidium, was einem 150. Geburtstag auch angemessen erscheint.

Was bleibt sind die vielen positiven Eindrücke, die die Frankfurter Polizei bei

den „Frankfurtern“ hinterlassen hat. Als Zeichen der Wertschätzung aber auch, weil es sicherlich ehrlich gemeint ist, an dieser Stelle noch persönliche Dankesworte des Polizeipräsidenten Bereswill an die Kolleginnen und Kollegen: „In vielen persönlichen Gesprächen von Herrn Dr. Seubert und mir während der Rundgänge innerhalb und außerhalb des Präsidiums bedankten sich die Menschen für die informativen Vorträge und Führungen, für die breit gefächerten Informationsstände sowie die spannenden und abwechslungsreichen Vorführungen. Aber auch alle Standbetreiber waren begeistert von dem Interesse der vielen Besucher und der perfekten Organisation des Ganzen. Im Fernsehen, den Printmedien und auch in den sozialen Netzen finden Sie dieses positive Feedback an vielen Stellen. Ich glaube, dass diejenigen, die nicht teilgenommen haben, einen sehr schönen Tag verpasst haben! Ich möchte mich daher bei allen Unterstützern, Helfern, Vorführenden und Vortragenden für ihre Spitzenleistung zu unserem Jubiläum bedanken. Ihre Offenheit und Freundlichkeit hat sich auch auf die Besucherinnen und Besucher übertragen, das war deutlich spürbar.“

Insbesondere bedanke ich mich bei der Vorbereitungsgruppe, die seit Monaten gearbeitet hat, und bei der Einsatzleitung, die das Jubiläum leider nur in der Befehlsstelle erleben durfte. Sie alle zusammen haben mit der tollen Ausgestaltung unseres Jubiläums das Ansehen der Polizei in der Gesellschaft erhöht und auch das Vertrauen in uns gesteigert. Es war alles rundum gelungen - Danke dafür!“

J. Mohrherr



DER HESSISCHE POLIZEISITZ WECKT INTERESSE

BRANDENBURGER KOLLEGEN BEGUTACHTEN DIE ERFOLGREICHE GDP-AKTION

Gutes darf auch kopiert werden, unter diesem Motto steht auch der weitere Werdegang des ersten „Polizeisitzes“ in Dienstfahrzeugen der hessischen Polizei.

In der letzten Ausgabe des Polizei-reports und auch in anderen Publikationen der hessischen GdP haben wir ausführlich über die Entwicklung in Zusammenarbeit mit Mercedes Benz zu einem neuen Polizeisitz berichtet. Dieser wurde in die aktuellsten Vitos verbaut und ist bereits auf hessischen Straßen unterwegs..

Der Ursprung dieses Sitzes geht auf eine Initiative der hessischen GdP, genauer gesagt von Lothar Hölzgen als Mitglied im Bundesfachausschuss Funkstreifenwagen zurück. Durch sein permanentes „Bohren“ an den richtigen Stellen konnte das Land Hessen dazu bewegt werden, 60.000 € freizugeben, um eine Studie beim Fraunhofer Institut in Auftrag zu geben.



Ausfluss dieser Studie war, wie berichtet, dieser neue Polizeisitz der in der neuesten Generation der Mercedes Vito verbaut worden ist. Diese Innovation hat sich mittlerweile herum gesprochen, sogar bis nach Brandenburg.



Interessante Zuhörer beim Vortrag von Andreas Bäcker



hi.: Michael Schüler und Wolfgang Britt

Ulli Rätzel, Andreas Bäcker, Frank Piller

Und so konnten Daniel Klimpke und Lothar Hölzgen am 10.08.2017 eine Delegation der Polizei Brandenburg begrüßen, die ihr Interesse an der Entwicklung und Umsetzung dieses Projekts angemeldet hatten.

Wolfgang Britt und Ulli Rätzel vom Hauptpersonalrat der Polizei Brandenburg, sowie Michael Schüler vom Zentraldienst der Polizei Brandenburg und Frank Piller aus dem brandenburgischen Innenministerium, zuständig für Beschaffung, machten sich auf den Weg aus dem schönen Potsdam nach Wiesbaden zur Polizeiakademie Hessen.

Der Zentraldienst in Brandenburg ist für die zentrale Beschaffung zuständig, ähnlich wie bei uns das PTLV. Damit die Kollegen für ihre weite Reise auch mit entsprechend fundiertem Fachwissen versorgt werden, konnten wir das PTLV mit der zuständigen Abteilung gewinnen.

Der verantwortliche Abteilungsleiter im

PTLV, Andreas Bäcker, hielt eine kurze Einführung zum Thema und stellte nochmals den Weg bis hin zum jetzigen Ergebnis dar.

Anschließend konnte sowohl der neue Sitz als auch der „alte“ Standard-sitz zum Vergleich in den Werkstätten des PTLV an der HPA begutachtet werden.

Die Kollegen aus Brandenburg, allesamt GdP, konnten also Probesitzen und testen, wie es sich anfühlt. Die neuen, etwas abgeflachten Sitze bieten dem Nutzer mehr Freiheit und trotzdem den selben Komfort und die selbe Sicherheit.

Zum Beispiel bekommt man mit dem verlängerten Gurtschloss deutlich einfacher den Gurt dahin, wo man ihn benötigt, ohne dass das Waffenholster dabei behindert.

Der Sitz ist weicher, so dass sich die Ausrüstungsgegenstände in den Sitz drücken können und dadurch nicht mehr an der Hüfte oder der Wirbelsäule drücken. Unter der fachkundigen Leitung von Andreas Bäcker konnten die Kollegen aus Brandenburg viele Eindrücke sammeln und ihre Erkenntnisse könnten in Zukunft wohl auch in Brandenburg zur Umsetzung kommen.

Auch über die nötigen Voraussetzungen in den Vergabeverfahren wurde sich ausgetauscht. Nach dem zum Polizeisitz alle Felder bestellt waren, wurde durch Andreas Bäcker noch ein kleiner Einblick in die Arbeiten der Kfz.-Werkstatt des PTLV gewährt.

Unter anderem wurde das neue Kontrollfahrzeug der hessischen Polizei präsentiert, das in diesen Wochen vom PTLV vorgestellt wird. Alles in allem ein gelungener Tag für die Potsdamer Delegation. Dieser endete bei Lothar Hölzgen im beschaulichen Weilburg-Hasselbach, der die Kollegen bis zur ihrer Rückfahrt am nächsten Tag weiter betreute.

D. Klimpke

Respekt!

Landespolizeipräsidium und Ministerium im Einklang: Zu- und Abgangszeiten für die Polizistinnen und Polizisten sind "gefühl zu hoch"!

IST DAS DER DANK FÜR IMMER MEHR ZUSATZDIENST?

KÜRZUNGEN BEI STUNDENVERGÜTUNG UND VERBINDLICHE MINDESTRUHEZEITEN

Erneut zeigt die politische Führung der hessischen Polizei, wie sie die Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen wertschätzt. Es vergeht kein einziger Tag, an dem genau die Verantwortlichen nach mehr Polizei rufen, welche in den vergangenen Jahren das Personal drastisch weggestrichen haben.

Nun wird weiter gestrichen, nämlich die Zu- und Abgangszeit von 90 Minuten auf 60 Minuten. Und wieder trifft es diejenigen, die über das Maß der Belastungsgrenze hinaus zusätzlich zum Dienst gerufen werden. Eine dreiste Entscheidung, betrachtet man die Gründe des LPP und des Ministeriums.

„Wir haben im Mai 2016 sehr deutlich darauf hingewiesen, dass diese Zeitgutschrift erst greift, wenn in einer 3-Monats-Bilanz weitere, zusätzliche Dienste angeordnet werden.“

GdP-Stellungnahme zum Entwurf einer neuen HPolAZV

Bereits am 9. Mai 2016 hat die GdP Hessen in ihrer Stellungnahme zum Entwurf einer neuen Hessischen Polizeiarbeitsplatzverordnung (HPolAZV) die vorgesehene Änderung in § 5 heftig kritisiert. Wir haben deutlich gemacht, dass diese Zeitgutschrift überhaupt erst zustande kommt, wenn in einem Bezugszeitraum von 3 Monaten weitere, zusätzliche Dienste angeordnet werden. Die Betroffenen wissen, welche Zusatzbelastung dies bedeutet. Der LPP und der Innenminister scheinbar nicht.

Wir haben auf eine nachvollziehbare Begründung gewartet.

Und die fiel dann so aus, da fallen einem die Haare büschelweise vom Kopf.

„Die pauschale Gutschrift von 90 Minuten ist gefühlt zu hoch.“

Vertreter des LPP im Anhörungsverfahren

Die pauschale Gutschrift von 90 Minuten sei „gefühl zu hoch“, so Vertreter des LPP im Anhörungsverfahren. Weiter wird argumentiert, man möchte die „Attraktivität von Mehrarbeit“ verhindern und diese auch reduzieren. Zahlen und Fakten spielen hierbei keine Rolle.

Kolleginnen und Kollegen, wir reden hier über ca. 8.000 Stunden, die seither angefallen sind. Im Kontext zu ca. 3 Mio. Mehrarbeitsstunden sprechen diese Zahlen für sich.

Was also missgönnt man nun den betroffenen Polizistinnen und Polizisten mit dieser Reduzierung?

Wertschätzung sieht nach unserer Meinung anders aus.

Auch in der abschließenden Diskussion in der Landespersonalkommission (LPK), konnten unsere Sachargumente nicht überzeugen. Der Verordnungsgeber, also das Innenministerium, hat sich durchgesetzt und somit werden die betroffenen Kolleginnen und Kollegen wieder einmal völlig zu Unrecht benachteiligt.

„Den der Neider schwärzen will, pflegt er gern vorher zu loben.“

Jean Antoine Petit-Senn (Lyriker)

Seit 01. August 2017 ist die neue HPolAZV in Kraft.

Es gibt in der gleichen neuen Verordnung weitere verbindliche Regelungen, die auf EU-Entscheidungen zurückzuführen sind.

Arbeitsschutzvorschriften halten nunmehr einen verpflichteten Einzug in die hessische Polizei. So wird zum Beispiel in § 2 der HPolAZV die regelmäßige Arbeitszeit geregelt.

„In einem Bezugszeitraum von 12 Monaten darf die Arbeitszeit im Durchschnitt 48 Stunden in einem Siebentageszeitraum nicht überschreiten“. Urlaub und Krankheit bleiben unberührt.

Bedeutet, dass die 48 Stunden auch überschritten werden dürfen, solange sie nicht den Jahresschnitt überschreiten.

Hoch interessant wird es aber in § 3 der HPolAZV, der sich mit den Mindestruhezeiten befasst.

Die EU-Richtlinie 2003/88/EG sagt als Grundlage aus, dass die Mindestruhezeit zwischen zwei Schichten **11 Stunden** betragen muss.

§ 3 der HPolAZV lässt Ausnahmen zu.

Aber: Wenn es zu einer Unterschreitung der 11 Stunden kommt, so regelt die neue VO nun, dass gleichwertige Ausgleichsruhezeiten gewährt werden müssen.

Und diese sind, nun wird es kurios, im Anschluss an die nächste Schicht zusätzlich zur Mindestruhezeit zu gewähren. Ausnahmen gibt es keine!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie soll dies denn in der Praxis umgesetzt werden? Wir sind gespannt, denn wir alle wissen, egal ob Regeldienst oder Einsatzlagen, wir unterschreiten regelmäßig die 11 Stunden. Und nun...?

Peter Wittig

HERRSCHERSTRATEGIEN

Seit jeher werden wir von einer Minderheit strategisch beherrscht, häufig sogar manipuliert. Herrschende sorgen gewissen- und rücksichtslos für eigene Bedürfnisse und Vorteile. Der Drang ins Superlative von Egoisten ist unstillbar. Das trifft uns nicht nur in politischen Angelegenheiten, sondern zunehmend auch in finanziellen, wirtschaftlichen und privaten Bereichen. Einfluss- und Beherrschungsstrategien sind nicht immer human, gerecht und legal. Folgen belasten das Volk. Urheber werden selten zu Rechenschaft gezogen.

Der Weg vom primitiven Faustrecht zu rechtsstaatlichen Regelungen war erkenntnisreich. Zunächst war wohl körperliche und geistige Überlegenheit die Voraussetzung, sich gegenüber Mitmenschen Vorteile zu verschaffen. Völkergruppen kannten 278 Götter, die ihr Leben beeinflussten. Subtile Dogmen der Propheten und Religionsführer zogen Gläubige in ihren Bann. Suggestierte himmlische Paradiesfreuden und höllische Fegefeuer-Qualen bewährten sich als wirksame Beherrschungsstrategien. Kostenträchtige Sakramente und Ablasshandel steigerten Reichtum der „Erfinder“ und Armut der Opfer.

Geistliche, Fürsten, Kaiser und Könige – von Gottes Gnaden! – glänzten nicht nur durch Prunkgewänder, sie beeindruckten mehr noch durch Sakralbauten, Paläste, Burgen und Schlösser. Dem Machterhalt diene das Prinzip „Brot und Spiele“. Im Laufe der Jahre nahm diese Sättigungs- und Ablenkungsstrategie industrielle Ausmaße an. Erst das Zeitalter der Aufklärung (17./18. Jh.) befreite Beherrsichte allmählich von Aberglauben, Hexenwahn und dem blinden Gehorsam gegenüber Kirche und Obrigkeit.

Nur mit dem Verstand war Unterdrückung zu überwinden, um Freiheit, Gleichheit und Toleranz zu erobern. Doch Vernunftresistente Religionsfanatiker werden auch heute noch vom Vernichtungsgebot Andersgläubiger beherrscht.

Demokratie ist als „Herrschaft des Volkes“ die erstrebenswerte Staatsform von Kulturvölkern. Sie gab es in Deutschland schon einmal von 1918 bis 1933. Verfasser des Grundgesetzes zogen nach dem Zweiten Weltkrieg Lehren aus der Weimarer Verfassung. Sie schufen Regeln, die allen Bürgern Freiheit und gleiche Rechte garantieren und eine Verfassungsänderung

erheblich erschweren. Nun wählt das Volk sich seine Vertreter, die das Regelwerk beherrschen, das ein menschenwürdiges Leben gewährleisten soll. Vieles, das gut gedacht, ist nicht für jeden gut gemacht. Bevorzugung und Benachteiligung kann sich nicht bewähren. Volkszorn äußert sich strategisch leider oft mehr gefühls- als vernunftgesteuert.

Geld regiert die Welt! Entwicklung und Zustand bestätigen diesen Grundsatz. Etwa 15.000 Interessensvertreter beeinflussen allein in Brüssel die Gesetze, die das Europäische Parlament für fast 500 Millionen Europäer beschließt. In Berlin geben sich etwa 5.000 Lobbyisten Mühe, Regeln zu schaffen, die ihren Interessen dienen. Diese „Selbstversorgungsstrategie“ lohnt sich auch für unsere Gesetzgeber. Mindestens 18 Millionen Euro beziehen sie jährlich durchschnittlich nebenher. Es ist daher auch kein Wunder, dass wiederholt festgestellt und publiziert wird: „Reiche werden immer reicher und Arme immer ärmer“. Dass es Superreichen dennoch nicht reicht, belegen Megafusionen, Steuerfluchtskandale, Finanzkrisen bei Banken, Auswüchse in Handel und Verkehr und sonstige auf Gewinn zielende Verfehlungen. Es gleicht einem Naturgesetz, dass Übertreibungen fast immer Gegenreaktionen auslösen. Und damit wird zunehmend die Polizei konfrontiert.

Bürger, die mit Staat, Politik und der daraus resultierenden Situation, oft auch mit sich selbst unzufrieden sind, werden i.d.R. Wahlverweigerer, Protestwähler und Demonstranten. Als Randalierer schaden sie der Allgemeinheit und sich selbst. Altersarmut, unbezahlbare Wohnungsmieten, Mängel bei Kinderbetreuung, Kranken- und Altenpflege enthalten ein Konfliktpotential, das Betroffene radikalieren kann. Sorge bereitet die enorm gestiegene Zahl gewaltbereiter Extremisten. Dazu zählen neben den Waffen sammelnden Reichsbürgern, u.a. 680 als Gefährder eingestufte Salafisten, von denen sicher auch noch einige unter den nur oberflächlich oder nicht überprüften Asylbewerbern zu finden sind.

Beklagt wird auch, dass es in der BRD keine Volksabstimmung und keine Länderneugliederung (Art. 29 GG) gibt. Länderfinanzausgleich und unterschiedliche Regeln im Kultus- und Sicherheitsbereich der sechzehn Flächen- und Stadtstaaten wären vermeidbar. Durch weniger

Parlamente, Regierungen, Behörden und Verwaltungen ließen sich enorme Kosten sparen.

Neue Entwicklungen bieten Missbrauch Handlungsvorsprung. Gesetzgebung, Personalanpassung und Rechtsprechung hinken hinterher.

Das Gipfeltreffen im Juli 2017 in Hamburg wurde auch zum Gipfeltreffen von Chaoten. Aufgestauter Hass gegen wachsende Macht von Kapitalisten entlud sich unter dem Motto „Willkommen in der Hölle“. Die so betitelte Strategie der Chaoten hatte nur zum Ziel, durch Missachtung des Versammlungsrechts, Blockaden, Widerstand und Aggressivität gegenüber Polizisten, Sachbeschädigung, Brandstiftung und Plünderungen die Tagung zum Gipfel gegen den Kapitalismus entarten zu lassen. Nach dem Ergebnis der umfangreichen Berichterstattung ist das zum großen Teil nachhaltig auch gelungen.

Warum durften verummte Chaoten des Schwarzen Blocks ihre propagierte Zerstörungsstrategie derart „erfolgreich“ durchziehen? Sie wussten, dass die Polizei ungestörten Ablauf des Gipfeltreffens zu gewährleisten hatte und nicht überall in Hamburg spontane Zerstörungsaktionen verhindern konnte. Trotz nachgeforderter Verstärkung war nicht zu verhindern, dass Teilkräfte mehr als 30 Stunden ununterbrochen eingesetzt waren, rund 500 Beamtinnen und Beamte verletzt wurden, und es den meisten Verbrechern gelang, sich (vorerst?) einer unverzichtbaren Sanktionierung zu entziehen. Es bleibt zu hoffen, dass viele der akustisch und visuell dokumentierten Straftaten zur Festnahme und Bestrafung weiterer Chaoten führen.

Bedauerlich bleibt leider weiterhin, dass kontinuierliche Zunahme des Missbrauchs von Freiheitsrechten Einsatzkräften der Polizei das bewegungshinderliche und furchteinflößende, anachronistisch anmutende Erscheinungsbild mittelalterlicher Ritter aufgezwungen wurde.

Was bringt unseren Rechtsstaat derart in Misskredit? Hat die Gesetzgebung mit der Entwicklung nicht Schritt gehalten? Geht unsere Justiz mit Rechtsbrechern zu mild um? Die geschichtliche Hypothek der Diktatur bis 1945 sollte heute nicht mehr Hinderungsgrund für notwendige rechtsstaatliche Maßnahmen sein. ■

Gerhard Kastl

LEITBILD ODER LEIDBILD DER HESSISCHEN POLIZEI

EIN KRITISCHER BLICK AUF WERTE UND WERTSCHÄTZUNG

Das Leitbild der Polizei in Hessen unterlag sehr oft kritischen Blicken, insbesondere dann, wenn sich die Kolleginnen und Kollegen nicht (mehr) darin wiederfanden.

Zum Zeitpunkt der Entwicklung rühmte man sich doch gerade damit, dass dieses Werk aus den eigenen Reihen entstanden ist. Also von Frauen und Männern der hessischen Polizei, aus allen erdenklichen Arbeitsbereichen.

Zahlreiche Workshops sollten dazu dienen, ein Produkt herzustellen, das nicht einem Selbstzweck dient, sondern Leitgedanken von Polizeibeschäftigten widerspiegelt.

Was ist eigentlich über die Jahre damit geschehen? Wird es gelebt? Orientieren sich die Vorgesetzten und die Beschäftigten an den Kernaussagen des Leitbildes?

Jeder der geeigneten Leserschaft hat sicherlich seine eigenen Erfahrungen und kann auf die aufgeworfenen Fragen antworten. Es ist aber, gerade nach den vergangenen, äußerst gewalttätigen Gewaltexzessen gegen unsere Polizistinnen und Polizisten die Frage erlaubt, ob die Zielvorgaben, denn so nannte man die Ergebnisse seinerzeit, noch zeitgemäß sind.

Es fällt leichter dies zu bewerten, wenn man schwarz auf weiß die Kernaussagen des Leitbildes einmal den Vorkommnissen rund um den G20-Gipfel in Hamburg gegenüberstellt. Finden sich unsere Kolleginnen und Kollegen, ja, finden sich denn auch unsere politisch Verantwortlichen in diesen Leitgedanken wieder?

Blicken wir doch einmal gemeinsam auf die Inhalte, die unter den folgenden einleitenden Überschriften standen:

Unser Leitbild haben viele Frauen und Männer aus allen Bereichen der Hessischen Polizei erarbeitet.

Es ist Perspektive und Orientierungsrahmen.

Das Leitbild ist nicht Selbstzweck. Deshalb werden wir es mit Leben erfüllen.

Unsere Arbeit ist Verantwortung.

- Wir sind ein unparteiischer Garant für Demokratie und Menschenrechte.
- Recht und Gesetz sind Grundlagen unseres Handelns.
- Objektivität und gesunder Menschenverstand sind für uns unverzichtbar.
- Wir hören zu und begegnen allen mit Höflichkeit und dem Respekt, den auch wir erwarten.
- Wir sind offen, verständnisvoll und tolerant.
- Wir verhalten uns vorbildlich.

Bürgerinnen und Bürger stehen im Mittelpunkt unserer Arbeit.

- Als Partner für Sicherheit sind wir rund um die Uhr ansprechbar.
- Wir schaffen Vertrauen und Akzeptanz durch kompetentes Handeln.
- Wir achten auf unser Erscheinungsbild.
- Wir sind hilfsbereit, freundlich und korrekt.
- Wir erklären, was wir tun.
- Wir unterstützen und motivieren uns gegenseitig.

Wir sind ein Team.

- Wir setzen uns klare Ziele und erreichen diese gemeinsam.
- Wir erkennen und respektieren die Wichtigkeit der Aufgaben aller.
- Wir sind neuen Ideen gegenüber aufgeschlossen.
- Wir sind initiativ und übernehmen Verantwortung.
- Aus Fehlern lernen wir.
- Mit Offenheit und Ehrlichkeit schaffen wir Vertrauen.

Wir sind ein Team. In Führungsverantwortung sind wir positive Vorbilder.

- Wir sind kritikfähig und Neuem gegenüber aufgeschlossen.
- Wir sind partnerschaftlich und bereit für offene Gespräche.
- Wir machen Entscheidungen transparent.
- Wir ermöglichen eigenverantwortliches Handeln und fördern Teamarbeit.
- Wichtige Informationen geben wir gezielt weiter.
- Wir vertrauen unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und erkennen Leistung an.
- Wir fördern Stärken und helfen Schwächen abzubauen.
- Wir sorgen für ein gutes Betriebsklima und tragen zur Arbeitszufriedenheit bei.

Wir sind ein Team. Wir gestalten mit.

- Wir beteiligen uns an der kontinuierlichen Verbesserung der Arbeitsbedingungen.
- Unsere Aus- und Weiterbildung entwickeln wir praxisbezogen und zukunftsorientiert.
- Wir besetzen Positionen nach Qualifikation.
- Sachmittel setzen wir effizient ein.
- Wir sind Teil der Gesellschaft.
- Wir erkennen frühzeitig Entwicklungen und tragen Vorschläge an die Politik heran.
- Wir gehen auf die Medien zu und zeigen Aufgaben, Möglichkeiten und Grenzen unserer polizeilichen Arbeit auf.
- Mit anderen Behörden und Institutionen arbeiten wir unvoreingenommen und zielorientiert zusammen.
- Wir gehen vorurteilsfrei mit allen gesellschaftlichen Gruppen um.

Leitbild der Hessischen Polizei. So wollen wir sein.
Das Leitbild ist Zielvorgabe.

Ein interessanter Rückblick, wie ich finde. Überlassen wir es euch, also eigentlich denjenigen, die doch offensichtlich beteiligt waren am Produkt Leitbild. Zeile für Zeile der Kernaussagen sollte man, wie eingangs erwähnt und gewollt, den Hamburger Gewaltexzessen oder Blockupy 2015 gegenüberstellen.

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, höchstwahrscheinlich werdet ihr euch nicht darin wiederfinden, das nehme ich mir einfach mal so heraus. Mein Spiegelbild hat bei mir eher den Eindruck eines Leidbildes hinterlassen, denn was wir von uns selbst erwarten, dürfen wir auch von den politisch Verantwortlichen erwarten. Die friedlichen Bürger sind uns jedenfalls dankbar. Von den Gewaltverbrechern rede ich erst gar nicht. ■

Peter Wittig



GEMEINSAM – MITEINANDER – FÜREINANDER

ES WAR KEIN TAG WIE JEDER ANDERE – BEIM SPENDENLAUF DES PTLV

So dachten wahrscheinlich schon viele Menschen, wenn sie an ein fixes, fest notiertes Datum auf dem Kalender geblickt haben. Was wird mich erwarten? Wie wird das Wetter? Wie viele machen mit? Fragen über Fragen.

Der Tag, der wie kein anderer war, war der 28. Juni 2017! Unter dem Motto: GEMEINSAM – MITEINANDER – FÜREINANDER fand beim PTLV ein Spendenlauf der ganz besonderen Art statt!

Doch der Reihe nach. Wie so oft, schlägt das Schicksal beim einen stärker, beim anderen weniger oder gar nicht zu. Dann hat man Glück und freut sich, weil es einem gut geht. In dieser Situation an andere denken, denen es nicht so gut geht, erfordert oftmals Kraft!

Beschäftigte des PTLV hatten erfahren, dass eine Kollegin aus ihren Reihen an Brustkrebs erkrankt ist. Hier Unterstützung zu geben ist natürlich nicht leicht, aber es geht!

Informationen zum Muddy Angel Run

Unter dem Motto „Gutes tun und dabei dreckig aussehen“ und „Der Krebs kämpft dreckig – das können wir auch!“ unterstützen die Initiatoren und alle Teilnehmerinnen, die sog. „Muddy Angels“, Aktivitäten zur Aufklärung gegen Brustkrebs. Die meisten laufen, um betroffene Familienmitglieder, Freundinnen, Kolleginnen oder Bekannte moralisch zu unterstützen und um ein Zeichen für den Kampf gegen diese heimtückische Krankheit zu setzen. Die Spenden gehen an Brustkrebs Deutschland e.V.

Hier eine moralische Unterstützung geben zu können, ist schon beachtenswert und nicht selbstverständlich. Durch Kollegen einer benachbarten Behörde wurden

die Kolleginnen auf den „Muddy Angel Run“ am 12.08.2017 in Frankfurt aufmerksam. Hieran teilzunehmen und damit der erkrankten Kollegin eine moralische Unterstützung zu geben, war die Triebfeder dieser beeindruckenden Veranstaltung.

Informationen zum Muddy Angel Run: Unter dem Motto „Gutes tun und dabei dreckig aussehen“ und „Der Krebs kämpft dreckig – das können wir auch!“ unterstützen die Initiatoren und alle Teilnehmerinnen, die sog. „Muddy Angels“, Aktivitäten zur Aufklärung gegen Brustkrebs. Die meisten laufen, um betroffene Familienmitglieder, Freundinnen, Kolleginnen oder Bekannte moralisch zu unterstützen und um ein Zeichen für den Kampf gegen diese heimtückische Krankheit zu setzen. Die Spenden gehen an Brustkrebs Deutschland e.V.

Alle haben sofort daran mitgewirkt: Behördenleitung, der Beauftragte für Sport und Gesundheitsmanagement und der Personalrat waren unisono beseelt von dem Gedanken: das unterstützen wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten! Um die wirklich nicht unerheblichen Gebühren für das „PTLV Team Muddy-Angel“ vorzufinanzieren, war die Idee, einen Spendenlauf durchzuführen, schnell geboren.

Als Laufstrecke fungierte die ca. 700 m lange Runde um das PTLV- Gelände in der Willy-Brandt-Allee. Jeder Teilnehmer hatte in einem Zeitrahmen von einer Stunde die Gelegenheit, so viele Runden wie möglich abzuspuhlen. Jeder konnte mitmachen, so bunt wie die Kollegenschaft ist natürlich auch die jeweilige körperliche Fitness! Ob Spaziergänger, Läufer oder

Walker, alles war machbar, alles ging, nichts musste!

Einzige Voraussetzung indes war, dass jeder Teilnehmer einen Sponsor mitbrachte, der sowohl einzelne als auch die Gesamtanzahl der jeweiligen zurückgelegten Runden finanziell unterstützte. Der Personalrat veranstaltete als Rahmenprogramm ein „Talk am Grill Spezial“, damit auch die kulinarischen Bedürfnisse bedient werden konnten.

Und: der Reinerlös wurde ebenfalls gespendet! Auch der Personalratsvorsitzende Stefan Rücker ließ es sich nicht nehmen, einige Runden unter dem Applaus der Beschäftigten zu drehen! Ein eigens aus der Taufe gehobenes Gewinnspiel durfte nicht fehlen. Bei einem Einsatz von einem Euro konnte auf die Gesamtanzahl aller angetretenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer legal getippt werden. Als Gewinn winkte ein besonderer Tropfen in einer Magnum Flasche!

Der Präsident des PTLV, Herr Reinstädt, unterstrich um halb elf Uhr mit seinen Begrüßungsworten, dass mit diesem Sponsorenlauf nicht nur unser „Team PTLV Muddy-Angels“ unterstützt wird, sondern alle an Krebs- und Brustkrebs erkrankten in der Behörde.



Präsident Reinstädt bei der Begrüßung

Bei zugegebener Maßen schlechter, weil feuchtnasser Witterung, stellten sich insgesamt 57 Kolleginnen und Kollegen in den Dienst der guten Sache! Unter begeistertem Beifall der Zuschauer, Unterstützer und Sponsoren an der Strecke wurden letztlich unfassbare 574 Runden in der vorgegebenen Stunde zurückgelegt. Das sind (gerundet) 402 Kilometer! Eine gigantische Leistung, auf die wir alle mit Recht stolz sein können!

Thomas Albién, Sportbeauftragter des PTLV, brachte es am Morgen des 28. Juni mit einer Mail an alle Mitarbeiter vor dem Lauf auf den Punkt: „Ja, der Himmel ist wolkenverhangen, Ja, es hat auch schon etwas geregnet und kann nachher auch noch mal regnen, und JA, wir werden heute trotzdem laufen und grillen! Denn für diejenigen, für die wir hier laufen (und

essen), scheint auch nicht jeden Tag die Sonne! Seht es einfach positiv. Jetzt ist es nicht mehr so drückend schwül, es staubt nicht so beim Laufen und Essen und Trinken geht sowieso bei jedem Wetter. Jetzt erst recht!“

Insgesamt wurden, auch durch kollektive Spenden einzelner Sach- und Hauptsachgebiete für die gute Sache, 3586,90 Euro erlaufen und gespendet!

Eine wahrlich stattliche Summe, die auf das Extrakonto Brustkrebs Deutschland e.V. überwiesen werden können.

Vorher werden natürlich noch die Startgebühren für unsere sportlichen Kolleginnen beim Muddy Angel Run am 12. August in der Commerzbank Arena in Frankfurt abgezogen.

Wie auch immer: Ein Tag wie jeder andere, kein Tag wie jeder andere! Die Über-

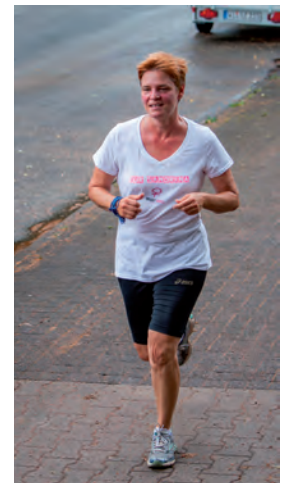
schrift ist nicht zufällig gewählt und dieser Tag wird allen Beteiligten sicher noch lange in Erinnerung bleiben. Die Krankheit Krebs zu akzeptieren und jeden Tag mit der Angst umzugehen, dazu gehört viel Mut und Kraft! Für Familie, Freunde, Bekannte und Kollegen ist es nicht minder schwierig, da sie sich häufig hilflos fühlen und nicht wissen, was sie zur Unterstützung beitragen können. Heute haben viele eine Lösung gefunden!

Wer noch Spenden möchte, kann dies hier tun: Kreissparkasse Köln

IBAN: DE65 3705 0299 0000 9191 91, Aktionsnummer des PTLV: 49006160 -> bitte als Verwendungszweck angeben, damit eine bessere und schnellere Zuordnung erfolgen kann!

JM

GEMEINSAM - MITEINANDER – FÜREINANDER – Jeder hat seinen Teil beigetragen und Spaß hatten alle!



**Das kannst du auch!
Mach mit!**

Insgesamt wurden, auch durch kollektive Spenden einzelner Sach- und Hauptsachgebiete für die gute Sache, **3586,90 Euro** erlaufen und gespendet! Eine wahrlich stattliche Summe, die auf das Extrakonto Brustkrebs Deutschland e.V. überwiesen werden kann.

BRUNNENFEST IN DER MUDRA BEI DAUERREGEN

Das traditionelle Brunnenfest in der Mudra stand in diesem Jahr am 10. August 2017 wettermäßig unter keinem guten Stern! Bereits in den frühen Morgenstunden setzte ein dauerhafter Landregen in Wiesbaden ein, der sich über den ganzen Tag zog.

In weiser Voraussicht hatten die Organisatoren rund um die Kreisgruppe Mudra, federführend durch Klaus Otto, entsprechende Vorkehrungen getroffen. Zwei eigens für das Brunnenfest organisierte Zelte sollten den feierlustigen Kolleginnen und Kollegen zumindest ein Dach über dem Kopf bieten. Unterstützt wurden die fleißigen Helferinnen und Helfer der Kreisgruppe Mudra von der benachbarten Kreisgruppe HBPP.

Hauptthema an diesem geselligen Nachmittag bzw. Abend war selbstredend der Einsatz rund um den G 20 Gipfel in Hamburg. Aber auch die tags zuvor durch den Innenminister veröffentlichte Freifahrtregelung für den ÖPNV für die Landesbediensteten wurde diskutiert.

In vielen Gesprächen mit unseren Kolleginnen und Kollegen konnten wir eines mitnehmen: die zunehmende Gewalt gegen Polizeibeschäftigte ist ein Kernthema, insbesondere bei den geschlossenen



Die Organisatoren der Kreisgruppe Mudra unter der Verantwortung von Klaus Otto

Einheiten der Bereitschaftspolizei. Ohne die Eskalation der Gewalt rund um den „G 20-Gipfel in Hamburg“ tiefer bewerten zu wollen, dieses Heft thematisiert es ausreichend, ist festzustellen, dass Gewalt gegen Polizeibeschäftigte immer brutale Formen annimmt und dabei immer organisierter wird. Die Bereitschaftspolizei steckt bundesweit in einem Investitionsstau von 100 Millionen Euro.

Die veränderte Sicherheitslage verlangt teure Anpassungen der Ausstattung für beispielsweise gepanzerte Fahrzeuge oder einen verbesserten Körperschutz. Daher hat auch die GdP Bund gefordert, die vom Bund für die BePo zur Verfügung gestellten 20 Millionen Euro in den nächsten Jahren auf mindestens 50 Millionen Euro aufzustocken.

Neben materiellen und monetären Rahmenbedingungen braucht es dringend ein Mehr an zusätzlichem Personal sowie eine verbesserte Schutzausrüstung für

alle Polizeibeschäftigten, die geschlossene Einsätze begleiten müssen.

Die Bereitschaftspolizei ist als wesentliche Säule in der Sicherheitsarchitektur der hessischen Polizei verankert. Erkannte Defizite in der Ausstattung, die erhöhte Arbeitsverdichtung, eine gleichgeartete Notwendigkeit der Unterstützung des polizeilichen Einzeldienstes, sowie die professionelle Begleitung von Einsatzschwerpunkten in und außerhalb Hessen, sind sichtbare Belege dafür. Daher müssen bei den gestiegenen Einstellungszahlen auch die Einsatzeinheiten so mit entsprechendem Personal bedacht werden, dass die festgelegten Sollstärken auch personell hinterlegt sind. Erst dann wird es zu einer spürbaren Entlastung kommen, derzeit ist daran nicht zu denken!

Hessens Innenminister Peter Beuth stellte anlässlich eines GdP Symposiums in Kassel im November 2016 fest, dass die Bereitschaftspolizei mit ihrer effizienten Organisationsstruktur und vielfältigen Einsatzbarkeit unverzichtbar für die polizeiliche Aufgabenbewältigung ist. Die Flexibilität ist ein herausragendes Qualitätsmerkmal und Markenzeichen der Bereitschaftspolizei!

J. Mohrherr



Das „Thekenteam“ - Mine, Christian, Jens und Ralf

Rettungsgasse – nicht irgendwann – JETZT!

Im Stau SOFORT Rettungsgasse bilden!
Immer zwischen der ganz linken und aller übrigen Spuren.

Nicht gaffen!

Helfen!!!

INTERESSANTES VON DER WSP UND DEM RHEINGAU

ÜBUNG - VERLASTUNG VON GESCHLOSSENEN EINHEITEN MIT POLIZEIBOOTEN



Am 22.06.2017 wurde bei der WSPSt. Gernsheim gemeinsam mit der Einsatz-einheit 13 eine Übung „Verlastung von geschlossenen Einheiten mit Polizeibooten“ durchgeführt.

Ziel war es, das sichere Auf- und Absteigen der Einsatzkräfte von schweren Polizeibooten an verschiedenen Steigern und Anlegepunkten, unter Berücksichtigung taktischer Gesichtspunkte, durchzuführen.

Dies wurde sowohl im Gernsheimer Hafenbecken I, als auch an Steigern der Schifffahrt auf dem Rhein trainiert.

Weiterhin sollten die bereits vorhandenen Sicherungsausrüstungen (flexible Bandschlingen) für die Kollegen/Kolleginnen der Einsatzeinheit ausführlich getestet sowie auch neue Sicherungssysteme (Brustsicherungsgurt aus Segelsportbereich) erstmals erprobt werden.

Hierfür wurden im sicheren Hafenbecken etliche „Mann-über-Bord“-Situatio-

nen durchgeführt, bei denen einige Kollegen/Kolleginnen der EE selbst miterleben konnten, was es bedeutet „über Bord“ zu gehen.

Hierbei erwiesen sich beispielsweise die dienstlich gelieferten dehnbaren „Bandschlingen“ als zu kurz. Es ist auf Grund der ungenügenden Länge (Kollegen würden auf halber Höhe am Rumpf hängen bleiben) nicht auszuschließen, dass es zu erheblichen Verletzungen kommen könnten.

Auch die Bergung ist bei ungenügender Länge der Schlingen nur schwer möglich.

Der Test mit „aneinander verbundenen“ Bandschlingen von 4m-Länge verlief daher deutlich besser. Ein Brustsicherungsgurt aus dem Segelsportbereich (Life-Belt) wurde in Verbindung mit mehreren aneinandergereihten Bandschlingen von den „Testern“ als sehr positiv bewertet. Dieser kann über und unter der KSA getragen werden und minimiert nach Ein-

schätzung der Kollegen/Kolleginnen die Gefahr von Verletzungen.

Weiterhin erleichtert dieser das Bergen der über Bord gegangenen Person, vor allem wenn diese nicht mehr in der Lage sind aus eigener Kraft mithelfen zu können.

Die Übung gab den Einsatzbeamten einen ersten Einblick in das Einsatzmittel Boot sowie in die Herausforderungen rund um das Element Wasser.

Auch für die Kollegen der Wasserschutzpolizei war es eine tolle Möglichkeit, Manöver mit „geringer Sicht“ und viel „Ballast“ zu trainieren.

Es war für alle Beteiligten eine rundum gelungene Übung. Alle waren sich einig, dass dieser Tag nach Möglichkeit in regelmäßigen Abständen zur Aus- und Fortbildung wiederholt werden sollte. ■

Daniel Faatz

JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG MIT FAMILIENFEST BE DER KG RHEINGAU



Liebe Mitglieder der Kreisgruppe Rheingau.

Wir laden euch recht herzlich zu unserer Jahreshauptversammlung mit Familienfest ein.

Wo: Gemeinde Walluf
Mühlstraße 40
65396 Walluf

Hinter dem Rathaus im Außenbereich (überdacht + gute Sanitäreinrichtungen vorhanden).

Wann: 08. September 2017, 16:00 Uhr

Außer den formellen Tagesordnungspunkten, die euch mit einer Einladung erreichen, verbinden wir diesen Nachmittag mit einem kleinen Familienfest.

Auch ein neuer Vorstand wird gewählt. Die Veranstaltung findet auf dem Grillplatz des Rathauses statt.

Für unsere kleinen Besucher wird eine Hüpfburg zur Verfügung stehen.

Wir freuen uns über ein zahlreiches Erscheinen bei guten Gesprächen. ■

Daniel Klimpke



RAINER BRÜSSOW IM RUHESTAND

TREUES GDP-MITGLIED (41 JAHRE) UND VIZEPRÄSIDENT DES HBPP IN PENSION

Nachdem im November des letzten Jahres der damalige Vizepräsident des HBPP, Rainer Brüssow, seinen „vorzeitigen Ausstand“ mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gefeiert hatte, war die offizielle Ruhestandsversetzung im Juni 2017 doch mehr als eine bloße Randnotiz oder Formalie.

Bescheiden und ohne Brimborium, verabschiedete den jetzigen „Jungpensionär“ Landespolizeipräsident Udo Münch. Im Büro des Vizepräsidenten empfing Rainer Brüssow die „begehrte“ Ruhestandsurkunde. Sicherlich war die gemeinsame, langjährige und in Teilen intensive Zusammenarbeit zwischen Udo Münch und

Rainer Brüssow ausschlaggebend für diese „Zeremonie“.

Wenn man Rainer Brüssow auf die schönsten Zeiten in seinem dienstlichen Leben ansprach, entgegnete er oft und stetig, dass seine Zeit als Dienstgruppenleiter und später als Chef der Polizeidirektion Wetterau herausragt. Auch als Leiter Einsatz beim Polizeipräsidium Westhessen, dem er später noch als Polizeivizepräsident vorstand, zählt rückblickend sicher mit dazu.

Untrennbar wird sein Name auch als „Chef der Projektgruppe Neue Dienstpistole“ und deren Einführung verbunden bleiben. Als sichtbares Zeichen bekam zum er zum Abschied als Andenken an seine langjährige Dienstzeit „seinen bewährten DGL-Schreibtischstuhl“ ausgeliefert.

Summa summarum hat der „Vollblutpolizist“ Rainer Brüssow mehr als 44 Dienstjahre, in unterschiedlichsten Funktionen und Dienststellen, mit unzähligen Kolleginnen und Kollegen, als Vorgesetzter und Mitarbeiter beim Land Hessen verbracht. Wenn man sich mit vielen ehemaligen Kolleginnen und Kollegen über den Menschen Rainer Brüssow unterhält, wird die stets kollegiale Art unisono gelobt.



Wir, die nun zurückbleibenden Kolleginnen und Kollegen freuen uns auf jeden Fall mit dem Jungpensionär, dass er nunmehr an den ausnahmslos „arbeitsfreien Tagen im Ruhestand“, die sicherlich auf europäischen und nationalen Golfanlagen sportlich begangen werden, freien Lauf lassen kann.

Wir wünschen ihm dazu natürlich Gesundheit und eine stetige Verbesserung seines ohnehin bewundernswerten „Handicaps“!

JM

„Lassen Sie uns nicht solch viele Regeln schriftlich vereinbaren. Denn wenn wir dies tun, müssen wir uns auch daran halten.“

Rainer Brüssow als Vizepräsident während einer Personalratssitzung in Westhessen

WSP WIESBADEN VERABSCHIEDET LANGJÄHRIGEN LEITER H.-J. HARTMANN



Am Donnerstag, den 29. Juni 2017 verabschiedete sich der Leiter der Wasserschutzpolizei Wiesbaden, Jürgen Hartmann mit Ablauf des Kalendermonats in den verdienten Ruhestand.

Auf dem dafür prädestinierten Gelände „seiner Station“ überreichte der Leiter der Wasserschutzpolizeiabteilung, Udo Gelbe, in Anwesenheit vieler Kolleginnen und Kollegen, auch einige Ehemalige waren dabei, die „begehrte Ruhestandsurkunde“.

Als gelernter Radio- und Fernsehmechaniker war sein dienstlicher Weg nach Eintritt in die hessische Polizei wohl eher in einem der damaligen Fernmeldezüge „technisch vorbestimmt“!

Rein zufällig kam Jürgen Hartmann dann aber zur Wasserschutzpolizei und machte dort seinen Weg! Seine durchaus kritische Art, die aber immer sachlich orientiert und der Sache dienend war, sowie seine erworbenen Fachkenntnisse, verliehen ihm Respekt bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, wie bei Vorgesetzten. Durchaus kritisch bekamen auch wir (Personalrats- und GdP-Vertreter), das eine

oder andere mit auf den Weg. Aber dies macht es eben auch aus, um sachorientiert vieles zum Wohle der Beschäftigten letztendlich zu erreichen.

Unvergessen bleibt mir im Gedächtnis, wie Jürgen Hartmann einen Einsatzzug anlässlich einer 1. Mai Demonstration im Jahr 2002 in den Einsatz führte.

Der „bunte Haufen“, der sich aus Tagdienstlern des Bereitschaftspolizeipräsidiums sowie weiteren Freiwilligen anderer Organisationseinheiten zusammensetzte, zu dem damals auch ich gehörte, schlug sich in der unfriedlichen Demonstration in Frankfurt am Main beachtlich und kam „ohne Verletzte“ wieder aus dem Einsatzgeschehen zurück.

Bleibt zuletzt dem „Jung – Pensionär“ und seiner Lebensgefährtin einen schönen und Reisefreudigen dritten Lebensabschnitt zu wünschen.

JM

VERANSTALTUNGEN DER KG'EN HPA UND DER PAST

KREISGRUPPE HPA LUD ZU WECK, WORSCHT UND ... KAFFEE EIN



Die Bediensteten der Polizeiakademie konnten dieses Jahr bei ihrem Betriebsausflug wieder zwischen drei Angeboten auswählen:

- Planwagenfahrt in Rheinhessen
- Kletterwald
- Fahrt mit der Thermine (Kleine Stadtbahn von Wiesbaden)

Doch bevor es losging, gab es das traditionelle Frühstück – gesponsert von der Kreisgruppe HPA – mit Weck, Worscht und ...Kuchen. Ein Dank gilt hier dem

Hausmeisterteam für die Unterstützung beim Aufbau.

Gut gestärkt ging es dann mit zwei Bussen zur Planwagenfahrt nach Flonheim in Rheinhessen und zum Kletterwald. Die Thermine holte die Bahnfahrer direkt an der HPA ab.

Die Zeit verging im Nu und nach Rückkehr am frühen Nachmittag trafen sich alle auf der Terrasse der HPA-Kantine bei gegrilltem Spanferkel (bei 50kg Gewicht eigentlich Spansau), Steaks und leckeren Salaten.

Natürlich gab es jetzt den fehlenden Wein vom Morgen, aber auch das eine oder andere leckere Bier sah man bei Sonnenschein an den gut besetzten Tischen.

So ging mit einem gemütlichen Beisammensein der aktiven Kolleginnen und Kollegen und den Ruheständlern ein schöner Tag zu Ende.

Ein großer Dank gebührt an dieser Stelle auch dem Organisationsteam.

Marika Hertling

JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG DER KREISGRUPPE PAST WIESBADEN

Am Mittwoch, 28.Juni 2017 fand auf der Polizeiautobahnstation Wiesbaden die diesjährige Jahreshauptversammlung der GdP-Kreisgruppe PAST statt.

Kreisgruppenvorsitzender Stefan Imhof begrüßte die anwesenden Mitglieder, wobei positiv anzumerken war, dass die Teilnehmerzahl im Vergleich zum Vorjahr stark angestiegen war.

Nach der sich anschließenden Totenernung wurde das Wort an Daniel Klimpke übergeben, welcher die Anwesenden über aktuelle Neuigkeiten aus der Bezirksgruppe informierte und im Anschluss aufgekommene Fragen gerne beantwortete.

Vorsitzender Imhof berichtete danach über das vergangene Jahr der Kreisgruppe. Zum aktuellen Zeitpunkt zählt die Kreisgruppe der Polizeiautobahnstation Wiesbaden 81 Mitglieder, davon 33 Pensionäre.

Das von der Kreisgruppe ausgerichtete Weihnachtsgrillen am 09.Dezember 2016 fand einen hohen Zuspruch und soll aus diesem Grund auch dieses Jahr wieder stattfinden.

Erfreulich war auch der Kassenbericht der Kreisgruppe, welcher trotz des Weihnachtsgrillens und der Weihnachtsgeschenke für die Mitglieder nahezu unverändert zum Vorjahr war.

Geehrt wurden die anwesenden Pensionäre Eduard Zuckrigl, für 50-jährige Mitgliedschaft in der GdP und Harry Lind, für 40 Jahre Mitgliedschaft in der Gewerkschaft.

Andreas Obermahr, welcher leider nicht an der Jahreshauptversammlung teilnehmen konnte, wurde am darauf folgenden Tag von Stefan Imhof für seine 40-jährige Mitgliedschaft in der GdP geehrt.

Geschlossen wurde die Versammlung nach etwas mehr als einer Stunde und bei Kaffee und Kuchen wurde noch die eine oder andere Anekdote der Anwesenden erzählt.

Stefan Imhof



Treffen der Kreisgruppe auf der Autobahnstation



Eddi Zuckrigl 50 Jahre in der GdP



Harry Lind 40 Jahre in der GdP

EINSATZ FÜR UNSERE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN

DEMONSTRATION „DEMO FÜR ALLE“ AM 25. JUNI 2017 IN WIESBADEN



Am 25. Juni waren in Wiesbaden ca. 1100 Kolleginnen und Kollegen eingesetzt, um die sogenannte „Demo für alle“ zu schützen, beziehungsweise den ordnungsgemäßen Ablauf zu gewährleisten.

Im Stadtgebiet hatten sich Konservative und Weltoffene angekündigt um für ihre Sicht der Sexualerziehung zu demonstrieren.

Wie es aber bei diesen bürgerlichen Demonstrationen oftmals so ist, haben sich auch linke und rechte Teilnehmer angemeldet, die auch andere Interessen hatten.

Aus diesem Grund wurde durch die Einsatzleitung ein hoher Kräfteansatz gewählt. Da neben der hohen Anzahl an Po-

lizistinnen und Polizisten laut Vorhersage auch das Wetter mit hohen Temperaturen glänzen sollte, wurde kurzer Hand durch die GdP wieder eine Einsatzbetreuung organisiert.

Mit gut 1200 Portionen Eis und nochmal ca. 200 Dosen Eiscafé im Gepäck machten wir uns auf den Weg, um die Einsatzkräfte im Stadtgebiet zu versorgen.

Viele Einsatzkräfte konnten wir erreichen und für ein wenig Erheiterung und Abkühlung sorgen. Gerade die Begleiter der Demo, die in voller Montur am Straßenrand standen, mussten doch erheblich schwitzen. Der Einsatz verlief zum Glück friedlich und ohne größere Vorkommnisse, so dass alle relativ zeitnah wieder die Heimreise antreten konnten.

Anhand der vielen positiven Reaktionen von Kolleginnen und Kollegen aus dem ganzen Hessenland wurden wir darin bestätigt, dass diese Einsatzbetreuung wieder einmal richtig war. Die Kollegen Land auf und Land ab ächzen unter der hohen Belastung, teils auf Grund der ständigen Dienste, teils auf Grund der vielen Vorgänge und teils auch auf Grund von beiden Faktoren.

So konnte manch einer neben einem leckeren Eis auch gleich nochmal etwas Frust abladen, auch das muss hin und wieder sein.

Eure GdP bleibt auch weiterhin am Ball und wird bei allen größeren Einsatzlagen für euch da sein, wie gewohnt. ■

D. Klimpke

LIKE ICE IN THE SUNSHINE - 700 PORTIONEN EIS AN DER HPA UND HFPV

Das Wetter war sonnig und heiß, es waren 700 Portionen Eis vor Ort und viele fleißige Hände der BB-Bank und der Kreisgruppe HPA brachten sie unter's Volk.

Die Rahmenbedingungen waren ideal für die Aktion zum Tag des öffentlichen Dienstes, Eis an die Studierenden und alle anderen Mitarbeiter, ob HfPV oder HPA zu verteilen.

Die Studierenden nutzten eifrig die Möglichkeit, die rauchenden Köpfe mit einem Eis am Stiel abzukühlen.

Mitglieder der Kreisgruppe HPA und der BB-Bank waren mit gut gefüllten Kühltaschen bewaffnet und brachten letztendlich fast 700 Portionen an die Frau und an den Mann.

Unter dem Motto „Wir sagen Danke für Eure Arbeit“ wurden dann auch Kollegen in ihren Büros mit einem Eis bedacht.

Da gab es manch ungläubigen Blick, weil plötzlich jemand in der Tür stand und zum Tag des öffentlichen Dienstes einfach mal Danke sagen wollte.

Insgesamt eine gelungene Aktion der GdP mit ihrem Kooperationspartner der BB-Bank.

Wiederholung nächstes Jahr hoffentlich nicht ausgeschlossen und von allen ausdrücklich erwünscht. ■

J. Thumann



WET-BULLS ERFOLGREICH BEI DRACHENBOOTRENNEN

POLIZEI-DRACHENBOOT BEI DER REGATTA IM SCHIERSTEINER HAFEN DABEI

Drachenbootteams aus ganz Deutschland, vor allem aber aus dem heimischen Raum, treffen sich im Schiersteiner Hafen in Wiesbaden zu einer Regatta mit unterschiedlichen Disziplinen. Die Wassersportart Drachenbootfahren wird auch innerhalb der Polizei immer beliebter.

Unser Team, die WET BULLS, besteht aus Polizeibeschäftigten der südhessischen Behörden und des BKA. Uns gibt es bereits seit 1998 und wir trainieren wöchentlich im Hafen, in den Wintermonaten in einer Paddelhalle in Wiesbaden-Biebrich. Ins Boot passen 20 Paddlerinnen und Paddler, dazu hinten ein Steuermann und vorne die Trainerin/Trommlerin.

Die Disziplinen: Das 250m-Rennen gehört zu den klassischen Disziplinen. Jeweils 4 Mannschaften nehmen an ihren Startbojen Aufstellung und werden von der Rennleitung auf dieselbe Höhe ausgerichtet. Je nach Windrichtung kann das schon zu einem spannenden Unterfangen werden. Auf das Kommando Attention – Go peitschen sich die Teams in die Bewegung. Jede Mannschaft hat dabei eine ganz spezielle Starttechnik, die meist geheim gehalten wird. Nach ca. 1:05 Minuten ist der Spaß dann schon vorbei. Lo-



ckeres Ausfahren. Aus drei Vorläufen wird der schlechteste gestrichen, die übrigen Zeiten werden addiert und ergeben die Platzierung für das Finale.

Unser Ergebnis: Nach zwei guten und einem weniger guten Vorlauf fanden wir uns im B-Finale wieder, das wir mit einem 4. Platz absolvierten. Von 24 Teams als achtbestes abzuschließen war ein respektables Ergebnis.

Die 2000m-Langstreckenrennen verlangen den Paddlerinnen und Paddlern vor allem Ausdauer ab! In vier 500-Meter-Runden mit 3 herausfordernden Wenden gilt es, sich immer wieder zu motivieren und sich die Technik zu vergegenwärtigen. Das Ergebnis wurde zunächst geheim gehalten und erst bei der Siegerehrung

präsentiert: 9. Platz mit 11:02:78 Minuten. Auch da wieder: Respekt!

Die 3. Disziplin, die 150m-Staffel, ist eine Herausforderung an den Teamgedanken: Drei Mannschaften unterschiedlicher Leistungsstufen bilden ein Team. Das „schwächste“ Team beginnt und wird von dem mittleren abgelöst. Erst wenn das dritte Team im Ziel ist, stoppt die Zeit. Wir fühlten uns als 2. in der Gesamtplatzierung sehr gut und nach diesem Rennen auch sehr erschöpft, denn die Temperaturen über 30 Grad an diesem Wochenende forderten ihren Tribut.

Das ist ein Ausschnitt aus unserer letzten Regatta. Beim Training geht es da ein wenig anders zu. Technik wechselt sich mit Ausdauer ab und der Spaß kommt nicht zu kurz:

Eines hat beides gemein: Den Schlachtruf: „Wir sind die – WET BULLS“. Richtig, denn trocken bleibt bei uns keiner!

Wer Interesse an dieser spannenden Sportart hat, kann gerne auf ein „Schnuppertraining“ vorbeischaun. Wir trainieren im Sommerhalbjahr immer montags von 17:30 Uhr – 19:00 Uhr im Schiersteiner Hafen am Gelände des Wassersportvereins Schierstein (WVS), Christian-Bücherstr. 18, 65201 Wiesbaden.

Übrigens: In einigen Behörden wird das Drachenbootfahren als Dienstsport anerkannt.

Corina Gombel



**Das kannst du auch!
Mach mit!**



**Gewerkschaft
der Polizei**

INFORMATIONEN DER ORDNUNGSPOLIZEIEN

DAS BESTE KOMMT ZUM SCHLUSS-ODER, DIE PROBLEME DER ORDNUNGSPOLIZEI

Liebe Kollegen und Kolleginnen der Ordnungspolizei,

wir alle haben uns doch sehr über den Abschluss der neuen Entgeltordnung zum TVÖD gefreut und wie sollte es auch anders sein, haben wir natürlich alle unsere Anträge auf Höhergruppierungen fristgerecht im Jahr 2017 gestellt, in freudiger Erwartung einer positiven Entscheidung der Arbeitgeber.

Wie sollte es auch anders sein, kam wie selbstverständlich eine Ablehnung der Arbeitgeber, nachdem der Städte und Gemeindebund diese Anträge geprüft haben. Beispiel einer Ablehnungsbegründung:

Sehr geehrter Herr ...,
Sie sind derzeit in der Entgeltgruppe 8 eingruppiert und beantragten mit Schreiben vom 02.03.2017 die Höhergruppierung in die Entgeltgruppe 9a.

Ab dem 01.01.2017 richtet sich die Bewertung der Stellen nach den Merkmalen für Beschäftigte der EG 2 bis 12 (Büro-Buchhalterei-, sonstiger Innen und Außendienst) der Entgeltordnung zum TVÖD.

Für eine Eingruppierung in die EG 9a müssten neben gründlichen und vielseitigen Fachkenntnissen mit mindestens 50% selbstständigen Leistungen erbracht werden.

Nach der tariflichen Klammerdefinition erfordern selbstständige Leistungen ein den vorausgesetzten Fachkenntnissen entsprechendes Erarbeiten eines Ergebnisses unter Entwicklung einer eigenen geistigen Initiative; eine leichte geistige Arbeit kann diese Anforderungen nicht erfüllen.

Das Merkmal der EG9a entspricht dem der bisherigen Vergütungsgruppe V c Fallgruppe 1b der Anlage 1a zum BAT. Das Merkmal der EG8- gründliche und vielseitige Fachkenntnisse und mindestens ein Drittel selbstständige Leistungen- entspricht der bisherigen Vergütungsgruppe V c Fallgruppe 1 a. Der Antrag auf Höhergruppierung ist somit nur dann gerechtfertigt, wenn nicht nur mit mindestens einem Drittel, sondern mit mindestens der Hälfte selbstständige Leistungen gegeben sind.

Nach der uns vorliegenden Arbeitsplatzbeschreibung von 2014 ist dies nicht der Fall. Danach ergibt sich eine Bewertung Ihrer Stelle mit der Vergütungsgruppe V c Fallgruppe 1 a- gründliche und vielseitige Fachkenntnisse und mindestens ein Drittel selbstständiger Leistungen.

Wir müssen ihren Antrag daher leider ablehnen.

Als Mitarbeiter im Außendienst haben wir, liebe Kollegen und Kolleginnen, wohl eindeutig mehr als nur ein Drittel selbstständige Leistungen zu erbringen und durch „vorausgesetzte Fachkenntnisse entsprechendes Erarbeiten eines Ergebnisses unter Entwicklung einer eigenen geistigen Initiative“ ist ja wohl bei Weitem auch gegeben.

Wir können natürlich auch bei jeder Kleinigkeit unsere Herren und Damen Amtsleiter anrufen, damit diese eine Entscheidung treffen, da wir dieses ja nun offensichtlich auf Grund der „leichten geistigen Arbeit“ nicht selbst erledigen können.

Es grenzt schon an einer gewissen Unverfrorenheit und bössartiger Unterstellung, uns von Menschen ohne jegliche Straßenerfahrung oder gar Berufserfahrung in unserem Berufszweig sagen zu lassen, dass wir im Grunde nur eine leichte geistige Arbeit mit wenig Fachwissen verrichten.

Wir werden diese Ablehnung erneut über den DGB-Rechtsschutz prüfen lassen und scheuen auch nicht, den Klageweg zu bestreiten, um hier endlich das gerechte Ergebnis für uns zu erstreiten. ■

Stefan Herkströter

GESCHWINDIGKEITSMESSUNGEN IN DEN HESSISCHEN KOMMUNEN

Im April 2017 hat das Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt am Main endlich und richtigerweise ein Urteil gefällt bezüglich der Geschwindigkeitsmessungen von Kommunen und privaten Anbietern.

In dem Urteil ging es um die Behandlung der erfassten Daten, welche durch die privaten Anbieter ausgewertet wurden, weil dies so mit den Kommunen vertraglich vereinbart wurde.

Dies widersprach aber von je her dem „Erlass zur Durchführung von Geschwindigkeitsmessungen“ aus dem Jahre 2015.

Nach Bekanntgabe dieses Urteils des OLG Frankfurt am Main hat die Zentrale Bußgeldstelle des Landes Hessen in Kassel gemeinsam mit der Hessischen Polizei-Akademie, sowie Sachverständigen und Amtsrichtern für jede hessische Kommune mehrere Infoveranstaltungen

durchgeführt und ausführlich über die Rechtsfolgen referiert.

Jede hessische Kommune muss jetzt durch Unterschrift des Bürgermeisters bestätigen, dass sie selbst einzig und alleine die Daten auswertet und speichert.

Das Urteil hat zur Folge, dass die privaten Anbieter nicht mehr über die Daten, welche bei Geschwindigkeitsmessungen erlangt werden, verfügen darf.

Die Kommunen müssen in alleiniger Verantwortung die Daten auswerten und archivieren.

Weiterhin wurde ausführlich darauf hingewiesen, dass die privaten Anbieter bei der Messung nicht mehr beim Aufbau helfen dürfen. Lediglich Handreichungen sind noch erlaubt.

Der Erlass aus dem Jahre 2015 ist hierzu eindeutig, jedoch versuchen die priva-

ten Anbieter durch veränderte Verträge im Geschäft zu bleiben.

Da die Verträge allesamt durch das RP Kassel geprüft werden und den Kommunen es untersagt wurde, so weiter zu arbeiten, gibt es doch offensichtlich immer noch Kommunen, welche die Vorgaben nicht einhalten.

Der Appell an diese Kommunen ergeht mit dem Hinweis, dass Sie hoheitliche Aufgaben wahrnehmen, welche man nicht aus der Hand geben darf.

Ich hoffe nur umso mehr, dass die Amtsgerichte bei Verhandlungen hinterfragen und die Kolleginnen und Kollegen den Mut haben, Ihren Dienststellenleitern entgegen zu treten und nach dem Motto weiter so ein klares Nein entgegenbringen. ■

Ralf Heil

NEUWAHLEN, VIELE ANTRÄGE UND EHRUNGEN

KREISGRUPPE WIESBADEN NACH JHV UNTER NEUER FÜHRUNG



Die Kreisgruppe Wiesbaden traf sich am 21.06.2017 im Jagdschloss Fasenerie in Wiesbaden zur Jahreshauptversammlung. Der frühe Termin in dem Jahr war erforderlich, weil die Anträge für die Delegiertenkonferenz der Bezirksgruppe vorgestellt wurden. Des Weiteren gab es Änderungen innerhalb des Vorstandes, die ebenfalls zur Abstimmung standen.

wurde. Seine Stellvertreter wurden die erfahrenen Kollegen Karl-Heinz Hofmann und Rolf Krause.

Als Schriftführer wurde erneut David Stegemann und als Stellvertreter Volker Salz gewählt. Michael Cimniak und Désirée Schwab wurden als Kassierer bzw. Vertreterin des Kassierers gewählt. Als Beisitzer arbeiten dem Vorstand Michael Wenzek für die Kripo und Edgar Hellmich für die Senioren zu. Den gesamten neuen Vorstand seht ihr auf dem Bild rechts oben.

Der neue Vorstand bedankte sich bei der ehemaligen Vorsitzenden Saskia Völker, die aus persönlichen Gründen nicht mehr das Amt übernehmen wollte und bei Beate Ohl-Hachenberger, die ihre Tätigkeit als Kassiererin aufgrund nahender Rente abgab, für ihr Engagement.

Nach den Wahlen wurden die Anträge für die Delegiertenkonferenz der Bezirksgruppe besprochen und abgestimmt. Das Jagdschloss gab mit kühl-temperierten Getränken und köstlichem Essen einen würdigen Rahmen für die Veranstaltung.

S. Schubert



Nach einer kurzen musikalischen Einleitung durch den neu gewählten Vorsitzenden Sebastian Schubert auf der Ukulele und dem anschließenden Tätigkeitsbericht der Kreisgruppe und dem Vorsitzenden der Bezirksgruppe Daniel Klimpke wurde der alte Vorstand entlastet.

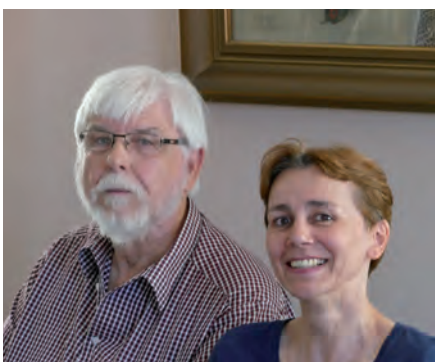
Die Neuwahlen ergaben, dass Sebastian Schubert als neuer Vorsitzender gewählt



50 Jahre GdP-Treue, Horst Schneider



Michael Wenzek 40 Jahre in der GdP



Dino Pröve und Heike Speicher



Vorsitzender Schubert im Vortrag



„Die Witzenrath`s“, liebe Freunde

VERANSTALTUNGEN IM HOCH- UND MAIN-TAUNUS

USINGER URGESTEIN ERHARD WAGNER NACH 41 JAHREN GDP IM RUHESTAND

Am 02.06.2017 wurde das Usinger Urgestein Erhard Wagner nach mehr als 40-jähriger GdP-Mitgliedschaft (Eintritt am 1. Dezember 1976), von den Vorstandsmitgliedern der GdP-Kreisgruppe Usingen, Harald Bernhardt und Martin Kiehlmann (Foto rechts), nach Vollendung seines 60. Lebensjahres mit einem Präsent in seinen wohlverdienten Ruhestand verabschiedet.

Der in Schöffengrund-Schwalbach im Altkreis Wetzlar wohnende Neu-Ruheständler hatte befreundete Kollegen/Kolleginnen zu sich nach Hause eingeladen und fast alle waren erschienen und konnten ihm die Ehre erweisen. Für Speis und Trank hatte der Jubilar bestens gesorgt, und so verbrachten alle einen wunderschönen Abend bei zahlreichen Anekdoten.

Erhard Wagner ging schon sehr früh von der Schule ab und absolvierte bei der Firma Siemens in Wetzlar eine Lehre als Starkstromelektriker. Nach erfolgreicher Prüfung übte er den Beruf auch kurz aus, dann zog es ihn mit 19 Jahren aber zur Polizei.

Erhard Wagner trat am 01.04.1976 seinen Polizeidienst bei der Bereitschaftspolizei in Hanau an. Der Hauptwachmeisteranwärterlehrgang wurde dann von ihm 1976 in Wiesbaden an der HPS erfolgreich abgeschlossen und anschließend ging es wieder zurück in den Technischen Zug bei der BePo in Hanau.

Am 01.04.1980 führte ihn sein Weg dann in den Hochtaunuskreis, wo er zunächst für 3 Monate zur PSt. Königstein versetzt wurde. Dem schlossen sich dann 10 Jahre Wechselschichtdienst bei der PSt. Bad Homburg an.

1990 wurde der jetzige Pensionär zur PSt. Usingen versetzt wo der Polizeioberkommissar ununterbrochen bis zu seiner Pensionierung zum 31.03.2017 seinen Dienst im Wechselschichtdienst einer Dienstgruppe verrichtete.

In die GdP trat Erhard Wagner am 01.12.1976 ein und ist ihr bis heute, also mehr als 40 Jahre lang, treu geblieben.

Der Ruheständler hat nun mehr Zeit für seine zahlreichen Hobbys.



Die Blasmusik hatte es ihm schon früh angetan und er spielt heute noch wöchentlich auf dem Flügelhorn im Blasorchester der Freiwilligen Feuerwehr Schwalbach. Außerdem betreibt er zeitweise eine Hundezucht, wobei ihn die zwei Riesenschnauzer stark beschäftigen. Als Nebenerwerbslandwirt steht er desweiteren zusammen mit seinem Bruder immer noch seinen Mann und das Wandern in den Bergen erfreut ihn außerordentlich.

Wir wünschen Erhard Wagner für seinen Ruhestand und weiteres Leben ganz viel Glück, Gesundheit und persönliches Wohlergehen.

Gernot Lehr

GDP-SENIOREN DER KREISGRUPPE MAIN-TAUNUS AUF WANDERTOUR

Am 31.05.17 wagten sich die GdP-Senioren der KG Main-Taunus an die Besteigung des Altkönigs. Ca. 400 v. Chr. legten die Kelten zwei riesige Ringwälle um den 798 m hohen Berg. Ob die Anlage als Fürstensitz oder Fliehburg genutzt wurde, ist unklar.

Treffpunkt war der Parkplatz „Große Kurve“ an der Kanonenstraße zwischen Oberursel-Hohemark und Sandplacken.

Unser Wanderführer Peter Pawlitte führte die Gruppe zunächst zum Fuchstanz. Nach einer Fotopause ging es gleich weiter. Nach Verlassen der Forststraße verlangt der Wanderweg hohe Aufmerksamkeit und Trittsicherheit. Man wird

jedoch vielfach durch den Anblick einer herrlichen Landschaft belohnt.

Obwohl sich der Altkönig in Nachbarschaft zum Kleinen und Großen Feldberg mitten im Rhein-Main-Gebiet befindet, herrscht dort eine Oase der Stille. Die wenig komfortablen Wanderwege haben dazu geführt, dass sich nur wenige Wanderer und Mountainbiker auf den Gipfel verirren. Der Berg strahlt eine mystische Ruhe aus. Hier kann man leicht zu sich selbst finden.

Auf einer anderen Route machten wir uns dann wieder an den Abstieg und kehrten dann diesmal am Fuchstanz in die Gaststätte Meister ein.

Flammkuchen sind dort der absolute Renner. Bestimmt 15 verschiedene Sorten gab es. Von klassisch mit Speck und Zwiebeln über Lachs mit Spinat oder drei verschiedenen Käsesorten bis zu dünnen Blutwurst- und Kartoffelscheiben mit Rucola.

Nach der Einkehr trennten uns nur noch 1,7 km vom Parkplatz „Große Kurve“ und ein toller Tag war leider zu Ende.

Unser Wanderführer Peter wurde bestürmt, ob es in diesem Jahr nicht noch eine weitere Wanderung geben könnte – er wäre bereit.

Karl-E. Spengler





GDP-REISEGRUPPE EROBERT ANDALUSIEN

„Die Architektur der Mauren, eine urwüchsige Landschaft, viel Sonne und ein sinnliches Lebensgefühl prägen die vielfältige Region im Südens Spaniens“. So lautete die Ankündigung in unserem Reiseführer von Merian – und er sollte Recht behalten.

Dies alles bestätigten die begeisterten Teilnehmer der Andalusienrundreise der GdP in der Zeit vom 22.- 29. Juni 2017.

Zugegeben, es war etwas heiß, zumindest 35 Grad und mehr, aber es ist halt eine ungewohnt trockene Hitze und im übrigen waren wir durch 38 Grad im Rhein Main Gebiet einen Tag vor unserer Abreise gut vorbereitet.

Ein großes Hallo gab es bereits am Treffpunkt im Flughafengelände, wo sich alte und neue Teilnehmer der Reisegruppe herzlich begrüßten. Ein ruhiger Flug über knappe 3 Stunden brachte uns entspannt nach Malaga, wo uns unser Reisebegleiter Carlos in Empfang nahm und zum klimatisierten Reisebus begleitete. Die ersten beiden Tage sollten wir im Hotel Luna de Granada verbringen und so landeten wir am späten Nachmittag am Rande des Zentrums von Granada, was natürlich Unentwegte zum ersten Rundgang in die Altstadt oder in den hoteleigenen Pool anregte.

Der nächste Vormittag war der ausführlichen Besichtigung der Alhambra vorbehalten. Die weltberühmte Burganlage mit den angeschlossenen zauberhaften Generalife-Gärten zählt zu den herausragendsten Sehenswürdigkeiten ganz Andalusens. Mit dem Bau des Königspalastes der Nasriden wurde bereits im 13. Jahrhundert begonnen und es zeigt sich die feinsinnige und detailverliebte Raffinesse maurischer Dekorations- und Baukunst. Schon 1492 beendeten die katholischen Könige fast kampflos die Herrschaft der Mauren. Auch der Überblick auf der ge-

genüberliegenden Seite der Schlucht aus Richtung Albaicin vermittelte atemberaubende Eindrücke und großartige Bilder.

Da unser Bus – übrigens vom ersten Tage mit dem Schriftband „Messer“ deutlich erkennbar – nicht in die Innenstadt von Granada durfte, war der Nachmittag für einen eigenständigen Bummel vorgesehen, bei dem nach Empfehlung von Carlos auf keinen Fall die königliche Kapelle „Capilla Real“ unmittelbar an der dortigen Kathedrale im Zentrum fehlen durfte. Hier sind im 16. Jahrhundert die Marmorgrabmäler der katholischen Könige eindrucksvoll errichtet worden.

Nach einem Rundgang im aufgeheizten Zentrum Granadas, nach dem Erwerb einiger Souvenirs und letzter Sonnenhüte passt die zweite Empfehlung des Tages wie die Faust aufs Auge. „Una oder dos Canja“ (gezapftes Fassbier) – kühl und großartig, oder ein leckeres Eis vom italienischen Eissalon ganz in der Nähe – einfach köstlich.

Ein erfrischendes Bad im Hotelpool und ein schmackhaftes Abendbuffet im Hotelrestaurant beschlossen gemeinsam mit einem obligatorischen Absacker an der Bar einen anstrengenden Tag in Granada.

Auf dem Weg zum nächsten Ziel, der Provinzhauptstadt Sevilla, statteten wir einem der sog. „weißen Dörfer“, dem zauberhaften und blitzblank sauberen Zuheros mit seiner Felsenfestung am Steilhang einen Kurzbesuch ab und streiften unterwegs in der abwechslungsreichen und fruchtbaren Landschaft „Millionen“ von Olivenbäumen, die natürlich Arbeitsplätze und Einkommen für die gesamte Region sicherstellen.

Carlos hat uns mit Erklärungen zu Olivenöl noch das Geheimnis des nicht gepressten, sondern schonend erstellten Tropfenöl als besondere Delikatesse nahe gebracht. Natürlich stürzen die Genießer

unter uns auf der Suche nach Oliven-Tropfenöl in den nächsten Supermarkt. Wohl bekomms!!

Aber das nächste Highlight dieses Tages erwartet uns am frühen Nachmittag in Cordoba.

Im Mittelpunkt der Besichtigung Cordobas stand nach dem Besuch des jüdischen Altstadtviertels das bedeutendste und zugleich prachtvollste Bauwerk maurisch-islamischer Herkunft: Die „Mezquita“, eine gigantische Moschee-Kathedrale, die bereits 785 als Hauptmoschee errichtet und in den folgenden Jahrhunderten bis zur Vertreibung der Mauren in 1236 ständig erweitert wurde. Ab dem 13ten Jahrhundert erweiterten die Christen die gut erhaltene Moschee um eine Kathedrale, die sich aus dem Wald der tausend Säulen und Gebetsräume der Moschee aus deren Mitte gewaltig abhebt. Man wird von dieser wohl einmaligen Vermischung von Moschee und Kathedrale fast erschlagen, lässt man die Kostbarkeiten dieses Gebäudes mit dem barocken holzgeschnittenen Chorgestühl langsam auf sich einwirken.

Wie täglich ist es drückend heiß und nach dieser eindrucksvollen Besichtigung ist wieder eine Canja und noch ein Eis fällig.

Am frühen Abend erreichen wir Sevilla, die Hauptstadt Andalusens, wo wir im Hotel Macarena am Rande der Altstadtmauer ordentlich auch mit Pool auf der Dachterrasse untergebracht waren. Ein kühles Bierchen auf der Dachterrasse mit einem sagenhaften Blick über die illuminierte Altstadt war am ersten Abend schon sehr beeindruckend – leider hatte diese Bar nur am Wochenende geöffnet, so dass wir für die folgenden Nächte den Absacker in einer Bodega in der Altstadt auswählten.

Der erste Tag in Sevilla – es war ein Sonntag – wurde zu einem Ausflug nach



Jerez de la Frontera und die Hafenstadt Cadix genutzt. In Jerez hatten wir Gelegenheit, auf dem riesigen auch botanisch genutzten Gelände der Bodega „Gonzales Byass“ eine Führung zum Thema „Herstellung alter und uralter Sherrys und Branntweine“ zu nutzen und wir kamen am Ende der Führung natürlich auch in den Genuss, verschiedene Sherrybrände zu verkosten. Wieder ein Highlight für die Genießer unter uns und manch kostbare Flasche verschwand im Reisebus.

Für die schöne Handels- und Hafenstadt Cadix blieb leider nur wenig Zeit, außer einem kurzen Bummel durch die Altstadt. Gerne hätten wir an der Costa de la Luz ein erfrischendes Bad im atlantischen Ozean genommen, aber unser Bus wartete unbarmherzig und wir mussten mit dem Hotelpool in Sevilla vorlieb nehmen.

Der zweite Tag in Sevilla stand ganz im Zeichen der ausführlichen Besichtigung der wichtigsten Kulturdenkmäler am Rio Guadalquivir.

Und davon gibt es eine ganze Reihe, wie wir in umgekehrter zeitlicher Folge erleben durften. Die Expo 1992 hat wesentlich zum heutigen Städtebild beigetragen, wurden doch anlässlich der Weltausstellung zahlreiche Pavillons Südamerikanischer Aussteller entlang des Flusses massiv gebaut, so dass sie als schmucke Villen bis zum heutigen Tage die Flusslandschaft prägen.

Über den Plaza de España, dessen Gebäude anlässlich einer Iberoamerikanischen Ausstellung im Jahre 1929 entstanden sind und an den Außenwänden wunderschöne Kachelgemälde aller 48 spanischen Provinzen angebracht sind, gelangen wir vorbei an der ehemaligen Tabakfabrik, den Gärten des Alcazar und dem Plaza del Triunfo bis hin zur monumentalen Kathedrale St. Maria aus dem 15. Jahrhundert, wobei die Giralda, das 1188 von den Mauren errichtete Minarett als Glockenturm der Kathedrale erhalten blieb. Seit 1902 befindet sich auch das Grab des Entdeckers Christoph Ko-

lumbus in dieser weltgrößten gotischen Kathedrale. Das Gitter zum Chor gilt als Meisterwerk der spanischen Schmiedekunst und der geschnitzte und vergoldete Hauptaltar im Presbyterium mit über 200 Heiligenfiguren ist wohl auch der größte der Welt. Einfach großartig und überwältigend. Einige Wagemutige haben sich auf die Aussichtsplattform der 97 m hohen Giralda begeben (keine Treppenstufen, sondern eine endlos gewendelte Schräge) um dort mit einem einzigartigen Blick über die Stadt Sevilla belohnt zu werden.

Der Nachmittag stand zur freien Verfügung, so dass noch viele Details der wunderschönen Altstadt mit einladenden Bodegas erkundet werden konnten.

Ein erfrischendes Bad auf der Dachterrasse und eine kühle Canja in der Hotelbar beschlossen den erlebnisreichen Tag in Sevilla.

Der nächste Tag brachte uns auf dem Weg zur Küste in die spektakulär auf 750 m Höhe gelegene Geburtsstadt des Stierkampfes, Ronda über einer 100 m tiefen Schlucht (Tajo) des Guadalevin. Eindrucksvoll diese sagenhaften Höhenunterschiede mit herrlichem Ausblick in die gesamte Region. Die Puente Nuevo in schwindender Höhe verbindet die von den Arabern gegründete Altstadt mit der Neustadt und ist das touristische Highlight im Zentrum Rondas.

Das alternative aber obligatorische Picknick fand wegen anhaltender Hitze im Freien an diesem Tag ausnahmsweise in der Bodega Granada bei Gonzales Cerrillo statt, der außer Wein und Wasser tolle, schmackhafte Tapas auf den Tisch zauberte.

Während der Weiterfahrt ereilte uns die Nachricht unseres Reiseveranstalters, dass wir an der Küste wegen anhaltender Reparaturarbeiten in das Hotel Fenix nach Torremolinos umgebucht wurden. Nun ja – das Hotel war o.k., es hatte wieder einen Swimming-Pool und lag höchstens 200 m vom Strand entfernt. Aber es hatte in der Hanglage eine wunderschöne Dachterrasse und ein wirklich reichhalti-

ges Abendbuffet mit Blick auf die Costa del Sol. Also – alles gut!! Und obendrein – ne Flasche Wein!!

Ein Abendspaziergang an der Promenade, dos Canjas in der Bodega und schon war Nachtruhe angesagt, denn Carlos hatte wegen des Hotelumzuges noch eine Überraschung parat. Am nächsten Morgen fuhren Interessierte statt Strandleben unter seiner Führung mit der S-Bahn in das nahegelegene Malaga, das alle Teilnehmer mit seiner Pracht und Sauberkeit mehr als überrascht hat. Wir bummelten durch die Altstadt, streiften das Geburtshaus Picassos und hatten sogar noch Zeit, außer der umwerfenden Kathedrale auch das Picasso-Museum mit zahlreichen außergewöhnlichen Exponaten zu besuchen. Eindrucksvoll die Vita dieses außergewöhnlichen und weltbekannten expressionistischen spanischen Malers, der in einem Video seine Einstrich-Pinseltechnik unter Beweis stellen konnte.

Na, das war ja mal einen Abstecher nach Malaga wert, zumal nach dem obligatorischen Eis auch noch genügend Zeit für den Nachmittag am Strand verblieb.

Eine letzte Canja, knoblauchgewürzte Fische in der Bodega und traditionelle Flamenco-Vorführungen in der Hotelhalle rundeten den Entspannungstag vor unserem Abflug nach Frankfurt angemessen ab und viel zu schnell waren anstrengende aber erlebnisreiche 8 Tage in Andalusien vorbei.

Freuen wir uns im nächsten Jahr vielleicht auf eine Norwegenkreuzfahrt auf der Artania von Phoenix.

Mike Messer



SENIORENSEMINAR DER GDP HESSEN 2018

Nützliche Tipps zur Beihilfe und Beihilfe im Pflegefall
 Patientenverfügung/Vorsorgevollmacht/Betreuungsverfügung/Notfallordner
 Der Pflegefall– Vorsorge Wohnung/Hilfsangebote im Alter bei Behinderung
 Pflegekasse und Pflegestufen
 Aktuelle gewerkschaftliche Informationen



Seminartermin: Mittwoch, 14. März 2018, 10.00 Uhr, bis Donnerstag, den 15. März 2018, 13.00 Uhr
Seminarort: Gasthaus „Zur Krone“, Am Stadttor 2, 36142 Tann/Rhön,
 Telefon: 06682-213, Webseite: www.krone-tann.de

Teilnahmeberechtigt:

Eingeladen dazu sind alle Rentner/innen und Pensionär/innen mit Partner/in

Anmeldungen:

Ab Mitte September ist im Internet ein Anmeldeformular mit der Bankverbindung für die Geldüberweisung eingestellt. Es ist ein Eigenanteil von 20 Euro pro Teilnehmer zu leisten, der auch im Verhinderungsfall nicht zurück erstattet wird. Dazu die Adresse <http://www.gdp/gdphe.nsf/id/Senioren> oder einfach nur in Google gdp hessen senioren eingeben. Sollte kein Internetzugang vorhanden sein, kann man in der GdP-Geschäftsstelle bei Ruth Brunner, GdP Hessen, Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden, schriftlich oder per Telefon: 0611-99227-30, ein Anmeldeformular anfordern.

Vormerkungen, telefonische Anmeldungen und Anmeldungen ohne die Daten im Formular sind nicht möglich.
 Anmeldeschluss ist der 01. Dezember 2017

Berücksichtigung:

Sollten mehr Anmeldungen eingehen, als Plätze vorhanden sind, werden zunächst Kolleginnen und Kollegen berücksichtigt, die noch kein Seniorenseminar besucht haben. Danach werden die Kolleginnen und Kollegen vorgesehen, die sich für das Seminar 2017 beworben hatten und keinen Platz mehr bekommen haben. Hier ist eine erneute Anmeldung für 2018 erforderlich. Weiterhin erfolgt dann die Berücksichtigung nach Eingang der schriftlichen Anmeldung. Alle Kolleginnen und Kollegen die in diesem Seminar keinen Platz mehr bekommen haben, werden, wenn gewünscht, beim nächsten Seniorenseminar bevorzugt berücksichtigt.

Hinweis:

Die Seminare „Vorbereitung auf den Ruhestand“ für Kolleginnen und Kollegen vor oder kurz nach dem Ruhestand werden jeweils im Spätherbst des Jahres durchgeführt (Ausschreibung im Juni).

Rückfragen an: Harald Dobrindt, e-mail: hd.dobrindt@t-online.de oder Ruth Brunner, e-mail: ruth.brunner@gdp.de oder bei den Seniorenvertretern der Bezirksgruppen.



Informationen • Nachrichten • Mitteilungen der Bezirksgruppen Westhessen, Polizeizentralbehörden und Hessische Bereitschaftspolizei der Gewerkschaft der Polizei und der PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

Für den Großraum Wiesbaden – Rheingau-Taunus – Hochtaunus – Main-Taunus und Limburg-Weilburg.

Für die Polizeizentralbehörden Hessen mit HLKA, HMdI, HPA und PTLV und die Hessische Bereitschaftspolizei mit der Wasserschutzpolizeiabteilung, Polizeifliegerstaffel und den Standorten in Kassel, Lich, Mühlheim/M., Wiesbaden, Egelsbach und der Polizeireiterstaffel Hessen.

Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
 Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
 Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Andreas Grün
 (Landesvorsitzender GdP Hessen)

Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeitsarbeit,
 Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen
 Geschäftsführer: H. R. Jud

Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
 Telefon (0 69) 7 89 16 52

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

Stephan Buschhaus, Oliver Jochum

Redaktion/Redaktionsanschrift:

Peter Wittig, Gewerkschaft der Polizei, BZG Westhessen
 Konrad-Adenauer-Ring 51, 65187 Wiesbaden
 Ralf Humpf, Katrin Kuhl, GdP BZG Hess. Polizeizentralbehörden, Hölderlinstraße 5, 65187 Wiesbaden
 Jens Mohrher, GdP BZG Hessische Bereitschaftspolizei
 c/o Friedrich-Ebert-Allee 12, 65185 Wiesbaden
 Gesamtedaktion: polrep@web.de

Druck und Verarbeitung:

NK-Vertrieb GmbH,
 Abt. NK-DRUCK, 57290 Neunkirchen
 Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.
 Der Bezugspreis von € 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffentlichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten; die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

Alle Artikel werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das Verfügungsrecht des Herausgebers über.

Die Benutzung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts (Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigenwerbung untersagt.

Redaktionsschluß 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.
 (ISSN 0937-535 X)

DIE GEWERKSCHAFT DER POLIZEI TRAUERT



DIE KREISGRUPPEN HPA, HLKA UND PTLV TRAUERN

Die Kreisgruppen HPA, PTLV und HLKA trauern gemeinsam mit der BZG Polizeizentralbehörden um einen sehr liebenswerten Kollegen und lieben Freund, der im Alter von nur 61 Jahren leider viel zu früh verstorben ist.

Gert Strohm

Gert Strohm war seit 01. Oktober 2006 Mitarbeiter der Polizeiakademie Hessen in Wiesbaden.

Seit 2007 war Gert GdP-Mitglied und seit mehreren Jahren im Vorstand der Bezirksgruppe PZBH als Kassierer aktiv.

„Wer im Gedächtnis seiner Lieben lebt, der ist nicht tot, der ist nur fern; tot ist nur wer vergessen wird“ (Immanuel Kant)

Und so werden wir unserem Gert ein ehrendes Andenken bewahren.



DIE KREISGRUPPE HBPP TRAUERT

Am Mittwoch, den 07. Juni 2017, verstarb unser ehemaliger Kreisgruppenvorsitzender und geschätzter Kollege,

Leonard Kaimer

im Alter von 75 Jahren.

Noch im zurückliegenden Jahr 2016 hatte eine kleine Abordnung unseres Vorstands die Gelegenheit, Leonard Kaimer in Anwesenheit seiner lieben Frau in seinem Zuhause das Geschenk und die Ehrennadel und Urkunde für seine 50-jährige Gewerkschaftszugehörigkeit ehren zu können. Was nicht geplant war, aus einem vermeintlichen kurzen Besuch wurden im Weiteren über zwei Stunden, in denen Aktuelles und Vergangenes Thema waren. Zwei Stunden, die uns unvergesslich bleiben werden und die schöne Erinnerungen zurücklassen.

Wir wissen, Leonard hat sich an diesem Tage sicherlich sehr darüber gefreut, dass seine Gewerkschaft, für die er auch Verantwortung als Kreisgruppenvorsitzender trug, auch nach 50 Jahren der Mitgliedschaft an ihn dachte. An der Beisetzung am Dienstag, den 13. Juni 2017 in der katholischen Kirche St. Markus in Eltville-Erbach nahmen viele ehemalige und aktive Kolleginnen und Kollegen, der amtierende Präsident des Landesamt für Verfassungsschutz, der Vizepräsident des HBPP sowie der ehemalige Bundesverteidigungsminister Jung teil. Die wertschätzenden Worte während der Trauerfeier, die auch die IPA mit ihrem Vorsitzenden überbrachte, machten deutlich, wie engagiert Leonard Kaimer war. In Gesprächen nach der Trauerfeier wurde deutlich, dass Leonard Kaimer in seiner ihm eigenen Art wertgeschätzt war!

Die Kreisgruppe HBPP wird Leonard Kaimer immer in bester Erinnerung behalten.

